

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 3. März 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareillezeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 26.

Gewerkschaftliche Neutralität.

XVI.

Daß man in den Jahren 1890 bis 1893 in maßgebenden s.-d. Kreisen solcherart über die Gewerkschaften urteilte, ist wohl verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie nahe sich damals die Sozialdemokratie bereits dem „Zukunftsstaate“ näherte. Man vergegenwärtigte sich nur einmal einige parteioffizielle Äußerungen, zum Teil in Reden, zum Teil in Schriften der Parteiführer, wie diese Siegesbulletins 1893 Bollmar in der „Neuen Zeit“, 11. Jahrgang, 1. Band, Seite 206 und 207, kritisch wiedergibt:

„Unsre Bewegung ist ein mächtiger Strom, der kein Hindernis mehr kennt. Wir rechnen nur mit Siegen.“

„Die Partei, die wie die aufsteigende Flut alle Dämme überbraust, die sich über Land und Stadt erhebt bis in die reaktionärsten Ackerbaudistrikte, diese Partei steht heute auf dem Punkte, wo sie mit fast mathematischer Genauigkeit die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.“

„Die deutsche Sozialdemokratie hat eine Stellung erobert, die ihr binnen kurzer Frist den Feinsinn der politischen Macht sichert.“

„Die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.“

Wenn die Ereignisse diese Richtung nehmen, wird unsre Partei sich gegen das Jahr 1898 in den Besitz der Macht setzen können.“

Wie lächerlich muß demgegenüber ein Programm erscheinen, wie es die Generalkommission und der Halberstädter Kongreß aufstellten! Was sollte da eine embryonale Gewerkschaftsbewegung noch viel ausrichten können? Wenige Augenblicke vor dem „Untergange von Herkulanum und Pompeji“! Aber die Entwicklung der Dinge hat nicht der Sozialdemokratie, sondern den Gewerkschaften Recht gegeben, weil die bewußt und positiv vertretene Arbeit der einzige Kulturfaktor bleiben wird, welcher die Arbeiter an das Ziel möglicher Wünsche bringen kann. Wer heute die Gewerkschaftsbewegung überblickt, der muß zugestehen, ob er will oder nicht, daß sie eine Macht geworden ist, die ersichtlich immer mehr der sozialen Gleichberechtigung zustrebt. Von Tag zu Tag wird es augenscheinlicher, daß der Weg, den die Arbeiterschaft zum Zwecke höhern politischen Einflusses zu gehen hat, nur über die Gewerkschaften führen kann. Immer deutlicher wird der Satz im s.-d. Parteiprogramme klagen gestraft, daß die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Ziele nicht erreichen könne, „ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“ Die Gewerkschaften beweisen durch ihre ständig wachsende Macht, daß sie mit dieser gleichzeitig politische Macht schaffen, wie ich schon an anderer Stelle dargelegt habe. Wie schwer es aber den Gewerkschaften gemacht wurde, vor allem mit einem gewissen Neutralitätsstandpunkt ihren Interessen zu dienen, bedarf kaum eines weitem Beweises mehr, wengleich das Material hierüber uner schöpft ist. Nur einige wichtige Gesichtspunkte möchte ich noch erwähnen.

Eine Gewerkschaft bedarf für ihre Konsolidierung, ihre Agitation, ihre berufliche Arbeit, ihre praktische Politik, kurzum ihre Zweckverwirklichung auch gewisser Einrichtungen auf dem Versicherungsgelände. Aber nicht der Gewerkschaftler, der Parteigenosse in den Gewerkschaften war es, der diesen

praktischen Einrichtungen Widerstand entgegensetzte. Warum? Weil man nicht einzusehen vermochte, was für die Lebensinteressen der Gewerkschaften unentbehrlich ist. Aus dem Parteilager heraus wurde der Widerstand gegen die Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften geboren, der zum Teile da und dort heute noch in die Erscheinung tritt. Mit den lächerlichsten Tiraden wurden im besondern die Unterstützungseinrichtungen in unserm Verband abzutun versucht, die als Schreckgespenst den übrigen Arbeitern vorgesührt wurden. In den verschiedensten Unterstützungszweigen der Gewerkschaften erblickte man den Anfang oder die Zunahme von „Versumpfung“, die Ursache für eine „Versäufung des Klassenkampfes“; hohe Beiträge in den Gewerkschaften führten unweigerlich zur „Kassensimpelei“, Tarifgemeinschaften hätten nur eine „Harmoniebuschlei“ mit den Unternehmern zur Folge und machten geneigt für „zünftlerische Bestrebungen“; die Ansammlung von Vermögen in den Gewerkschaftskassen rief einen prozigen „Geldsackstandpunkt“ hervor; Bekehrungsstalen, die Bevorzugung der Beschäftigung gelernter Arbeiter usw. entfernte mehr und mehr die Arbeiter von ihren „Aufgaben im Klassenkampfe.“ — kurzum, auf solchen Wegen käme man allgemach zur „Preisgabe aller proletarischen Prinzipien!“ Wäre aber in den Gewerkschaften nach der Auffassung und Beurteilung verfahren worden, wie man in s.-d. Kreisen die Generalkommission, die Neutralität, die Tarifgemeinschaften, das Unterstützungswesen bewertete, dann wären die Gewerkschaften niemals zu etwas weiter als zu s.-d. Diskutierklubbs tauglich gewesen. Aber der wirtschaftliche Zwang, der gesunde Kern der Gewerkschaften und die Erfahrungen ihrer Führer waren stärker als die Phrase. Es kann eben im allgemeinen keine erfolgreiche gewerkschaftliche Tätigkeit geben ohne die gedachten Einrichtungen, weil sonst alle Erfolge der Gewerkschaften in Flugland geschrieben wären. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man sich in der Gewerkschaftsbewegung fast ganz von einem früher üblichen Standpunkt in der Arbeiterbewegung entfernt hat, nämlich dem, die Kämpfe der Arbeiter auf Kosten der sogenannten „Arbeiter-solidarität“ führen zu wollen. Man glaubte früher beim Ausbruch eines Kampfes nur nötig zu haben, kräftig den Klingelbeutel zu schwingen, und dann wurde eben so lange „gekämpft“, als das gesammelte Geld ausreichte. Das hatte natürlich zur Folge, daß zahllose „wilde Streiks“ geführt wurden, die von vornherein verloren waren. Die der Gewerkschaftsbewegung daraus erwachsenden Nachteile führten allmählich dazu, eine gewisse Regelung gegenüber solchen Zuständen anzustreben, die denn auch erreicht worden ist. Heute werden sämtliche Kämpfe der Gewerkschaften fast ausschließlich aus den eignen Mitteln der betreffenden Organisation geführt, was selbstverständlich das „Wägen und Wägen“ in ein erträgliches Verhältnis bringt. Es ist diese erfreuliche Entwicklung aber immer nur eine Frucht der von s.-d. Seite so heftig bekämpften Kasseneinrichtungen der Gewerkschaften. Daß außergewöhnliche Kämpfe, wie z. B. solche von den Bergarbeitern geführte, der materiellen Unterstützung auch von den übrigen Arbeitern bedürfen, ist überflüssig zu begründen. So

wurde das Unterstützungswesen mit zum Hebel einer gefunden und praktischen Gewerkschaftspolitik und bewußt und mit Überlegung und mit Erfolg gegen das Unternehmertum geführter Kämpfe. Das haben die Gewerkschaften nur sich selbst zu danken. Von einem Verwischen der Gegensätze zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft, von einem Aufgeben des Klassenkampfes ist auf der ganzen Linie keine Rede.

Klassenkampf, du viel mißhandeltes Wort, was hat man in dir nicht alles untergebracht! Einer Definition dieses Wortes kann man nicht aus dem Wege gehen, wenn man über die Arbeiterbewegung schreibt. An sich wäre hier ja eine Erklärung recht leicht. Die Arbeiterklasse kämpft um ihre Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Damit wäre an sich der Begriff des Wortes „Klassenkampf“ erschöpft, und so verstehe ich dieses Wort. Nach dem sozialdemokratischen Parteiprogramm ist aber der Kampf der Arbeiterklasse „notwendigerweise ein politischer Kampf“, ein Kampf um die Beseitigung der gegenwärtigen Gesellschaft durch den politischen Kampf. Das ist etwas ganz anderes, was aber dem Wesen der Gewerkschaftsarbeit widerspricht. Der Sozialdemokrat, der auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, versteht unter Klassenkampf den politischen Kampf um die Eroberung der politischen Macht, den politischen Bürgerkrieg, obwohl dieser in jenen Ländern keinen Sinn hat, wo demokratische oder konstitutionelle Verhältnisse vorherrschend sind. Will man aber annehmen, der politische Klassenkampf könne die neue Wirtschaftsordnung, den Sozialismus, herbeiführen, so ist das ein schwerer Irrtum. Auf dem Wege des politischen Klassenkampfes kann der Sozialismus nicht erreicht werden, wie ich das bereits an anderer Stelle glaube nachgewiesen zu haben. Für mich bleibt der Klassenkampf stets der Ausdruck dafür, daß die Arbeiterschaft nur sich selbst vertrauen darf, daß keine Förderung ihrer Interessen denkbar ist ohne ihre Klassentätigkeit, daß der Arbeiterschaft in ihren Nöten niemand helfen kann, wenn sie nicht selbst die Gesellschaft zwingt, mit ihr wirtschaftlich und politisch zu rechnen. Nur so verstehe ich auch das Wort im kommunistischen Manifeste: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!“ Gält man aber nicht an ehernen Wohngesetz, an der Verelendungstheorie fest und verharret man nicht im Glauben an den großen Kladderadatsch, dann ergibt sich von selbst, daß man bei der größten Selbständigkeit der Arbeiterklasse auch mit dem rechnen muß, was man wirtschaftlich und politisch vorfindet. So wenig wie man die Arbeiterklasse heute ignorieren kann, so wenig vermögen wir auch die übrige Gesellschaft zu ignorieren. Sie ist gleich der Arbeiterschaft eine gegebene Größe. Man braucht keineswegs das Endziel aus dem Auge zu lassen und kann doch rückhaltlos Gegenwartsarbeit verrichten. Aber sie darf nicht dem Zufall überlassen sein und als Nebenächlichkeiten erscheinen, sondern als das dringendste Erfordernis, als die unabwendbare Notwendigkeit, um überhaupt vorwärts kommen zu können. Die Gegenwartsarbeit schließt in praxi ein größeres Prinzip in sich als das Endziel selbst, denn was wir praktisch

auf dem Wirtschaftsgebiete erreichen, welche Stellung wir uns in Staat und Gesellschaft erobern, das ist ein Stück vom Endziele, wie überhaupt nur unsrer Arbeit von heute unsre Zukunft von morgen zu danken sein wird.

Will man also einen vernunftgemäßen Sinn in das Wort „Klassenkampf“ legen, so ist es der, eine geschlossene, disziplinierte Pfalanz der Arbeiter zu bilden wie — wenn mir der Vergleich erlaubt ist — die Agrierer im Zirkus Busch; es muß die Arbeiterchaft ihren Halt in sich selbst suchen und in der brandenden Bogen der Zeit wie ein Fels von Erz stehen, sich der eignen Kraft bewußt, aber auch der höchsten Verantwortung. Das Ziel der fortgesetzten Verbesserung der materiellen Lage und das der sozialen Gleichberechtigung der Arbeiter im Auge ist alle darauf gerichtete Tätigkeit Klassenkampf. Mit einem solchen Klassenbewußtsein ausgerüstet, brauchen wir um den Erfolg nicht zu bangen, weil außerdem die Kulturentwicklung mit uns ist. Im übrigen aber muß eine vollständige Kompromiß- und Verständigungslosigkeit auch im politischen Leben die Früchte unsrer wirtschaftlichen Tätigkeit reifen lassen, sonst ist unsre ganze Arbeit für die Katz! Ganz zutreffend schrieb vor fünf Jahren ein deutsches sozialdemokratisches Blatt

Man muß sich politisch auf den Boden der Tatsachen stellen, wie man sich wirtschaftlich längt auf den Boden der Tatsachen gestellt hat. Die Tatsache ist, daß wir nicht gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur mit ihrer Zustimmung das durchsetzen können, was wir im Interesse der Arbeiter für notwendig halten.

Dazu bedarf es weder des Abfalles von unsern alten Zielen noch der Vertuschung dessen, was wir wollen. Daß wir Republikaner und Kommunisten sind, das wissen unsre Gegner; diese unsre Grundzüge sind aber nicht der Grund für sie, weshalb sie uns fürchten. Sie glauben ja selber noch an die Beständigkeit der Monarchie und der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, halten jene beiden sozialistischen Grundzüge für Utopien. Der Grund, weshalb sie über der Aufhebung des gleichen Wahlrechtes brühen, ist die Furcht vor der Diktatur des Proletariats.

Es schmeißt, ja jedem Arbeiter, wenn ihm gesagt wird, die Diktatur des Proletariats müsse errichtet werden; dann müßte das goldne Zeitalter erblühen; aber was läufig merkt er von diesem Glücke nichts weiter, als daß das gleiche Wahlrecht auf dem Spiele steht, eben deswegen, weil die bürgerliche Gesellschaft wirklich glaubt, es könne unter dem gleichen Wahlrecht eine Diktatur des Proletariats eintreten.

Da darf doch wohl einmal gefragt werden: Fällt es denn den Gewerkschaften ein, heute den Unternehmern zu sagen: Wir wollen die Diktatur des Proletariats über eure Geschäfte? Im Gegenteil, wenn dieser Vorwurf erhoben wird, weisen ihn die Gewerkschaften eifrig zurück und betonen, daß man nur ein Vertragsverhältnis wünsche, bei dem jeder Teil zu seinem gleichen Rechte komme.

Warum übt man eine ähnlich vernünftige Praktik gegen über der bürgerlichen Gesellschaft nicht in der Politik? Ist die Schamacherei von unten, wie sie von einigen betrieben wird, für eine Klasse, die noch nicht einmal in sich selbst einig ist, nicht sehr töricht?

Wierzig Jahre besteht die Sozialdemokratie und vierunddreißig Jahre das gleiche Wahlrecht, beide länger als ein Menschenalter. Mit ein paar tausend Stimmen fing unsre Partei an, heute hat sie über drei Millionen. Anstatt daß dadurch das gleiche Wahlrecht um so sicher wäre, ist es nicht einmal unter dem Sozialistengeheiß so gefährdet gewesen als heute. Woran liegt das?

Weil unsre Partei nichts Ausreichendes tut, um die Besorgnis der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstreuen, daß unsre Bestrebungen in letzter Linie darauf hinauslaufen, an Stelle der jetzigen eine neue Klassenherrschaft, die des Proletariats zu errichten. Daher kommt es, daß mit dem Anwachsen unsrer Fraktion im Reichstage die bürgerlichen Parteien eine nach der andern das Interesse an dem gleichen Wahlrecht verlieren, denn sie alle sehen die Zeit vor Augen, wo sie aus dem Reichstage ganz verdrängt sein werden, wenn das jetzige Wahlrecht weiter besteht. Daher sinnen sie auf die Abschaffung des gleichen Wahlrechtes.

Solch weiser Rabe gibt es natürlich nicht viele. Aber wenn ich derlei schreibe, dann ist es natürlich nafter Klassenerrat. Schließlich würde man gut tun, eine Definition des Wortes Klassenkampf nicht bloß im theoretischen, sondern auch im praktischen Sinne zu geben. Weder mit der Stimmzettelabgabe noch mit Versammlungsreden oder mit Beitartikeln und Kongreßbeschlüssen wird dieses Wort in die Praxis übersetzt. Das bleibt

dem Gewerkschaftler überlassen. In der Werkstatt, in der Fabrik, da sehen wir den Klassenkampf in seiner Praxis, wenn der Arbeiter wegen Eintretens für höhere Löhne oder menschenwürdige Behandlung gemahregelt wird oder aus Solidarität mit seinen Kameraden die Arbeit niederlegt und sich einer ungemüßen wirtschaftlichen Zukunft preisgibt. Da gehört etwas mehr Klassenbewußtsein dazu, als „heute viele Vorkämpfer in der sozialdemokratischen Partei, denen das Proletariat daheim ein Buch mit sieben Siegeln ist“, annehmen. Es ist eine alte Erfahrung, daß das Unternehmertum lieber einen Arbeiter im Betriebe duldet, der für die Sozialdemokratie agitiert, als einen solchen, der gewerkschaftliche Propaganda treibt. Es trifft eben immer wieder das Wort jenes englischen Unternehmers, an seinen deutschen Kollegen gerichtet, zu: „Was wollen Sie, Ihre Arbeiter wollen nur die Revolution, aber die unsren wollen höhere Löhne!“

Der verheiratete Kollege!

Unter diesem Titel bringt in Nr. 17 des „Korr.“ Kollege Remayer (München) einen Artikel, in welchem derselbe die Ausführungen des Kollegen E. W. in Trebbin betreffs Umzugskosten damit zu widerlegen versucht, indem er, unter Vertretung eines ganz einseitigen Standpunktes, zu dem Kapitel Umzugskostenunterstützung an Verheiratete in einer Art und Weise Stellung nimmt, die zu einer Entgegnung geradezu herausfordert. Kollege Remayer behauptet vorerst, daß es statistisch leicht nachzuweisen wäre, daß die verheirateten Kollegen die Unterstützungszweige des Verbandes schon sowieso stärker in Anspruch nehmen als die ledigen, bleibt uns aber den Nachweis selbst schuldig und jedenfalls aus guten Gründen, denn es steht doch außer Frage, daß der verheiratete Kollege mehr Unterstützung bezieht als der verheiratete, und zwar schon durch die öftere Inanspruchnahme der Konditionslosenunterstützung in Verbindung mit dem häufigeren Stellenwechsel. Mit dem Satz: „Ist der Kollege ledig oder verheiratet, das ist seine Privatsache und sollte von Rechts wegen nicht in Betracht gezogen werden“, sucht sodann Kollege Remayer die ganze Sache vom Rechtsstandpunkte aus zu bündeln und läßt dabei durchblicken, daß die verheirateten Kollegen nach dem Grundbesitz, gleiche Rechte — gleiche Pflichten“ eigentümlich propagandieren, überhaupt Umzugskostenunterstützung zu erhalten, von welchem Ausmaß dieses Unterstützungszweiges, bei dem jedenfalls jeder verheiratete Kollege gewinnlos, ganz zu schweigen. Wenn man allgemein nach angeführtem Grundbesitz gehen wollte, wäre ja eine eventuelle Fürsorge für Witwen und Waisen auch ganz unnötig — weil Privatsache. Recht unlogisch und durch nichts, rein gar nichts gerechtfertigt sind die Auslassungen über den hier und da bei einem verheirateten Kollegen vorkommenden Konditionswechsel, den doch ganz gewiß so schwerwiegende Gründe dazu zwingen, daß sich jedes Wort über einen eventuellen Weichsinn seiner Handlungsweise erübrigt. Erlauben Sie denn, Herr Kollege, daß, wenn vielleicht gerade Sie Ihren Konditionsort selten oder gar nicht (was man nach Ihren Ausführungen vermuten könnte) zu wechseln brauchen, dies bei den andern Kollegen auch der Fall sein müßte? Diese Schulweisheit, daß „Kollegen, die günstigeren Arbeitsbedingungen folgen wollen, an jedem Orte die Gelegenheit zum Verbessern geboten ist“, die kann bloß von ganz naiven Menschen ernst genommen werden. Diese Weisheit auch noch als vernünftige Taktik hinzustellen, geht schon über die Hutchnur. Was will z. B. ein verheirateter Kollege machen, wenn er durch dieses oder jenes Vorkommnis in der Druckerei einfach gezwungen wird, sich eine andere Kondition zu suchen (siehe Artikel von Zweibrücken vom Kollegen H. B.), und er durch die örtlichen Verhältnisse, die ihn oft unmöglich eine passende Stelle am Druckorte selbst finden lassen, zu einem Umzuge in einen weit entfernt liegenden Ort genötigt wird? Können Sie diesen Knoten auch lösen, Kollege Remayer? Ich glaube, diejenigen Kollegen, die in die Lage kommen, sei es nur durch eine in Aussicht stehende Verbesserung oder durch Zwang, tun das keinesfalls leichtsinnig oder zum Vergnügen. Sie können in den meisten Fällen die Verbandsunterstützung recht notwendig brauchen, denn dieselben haben sowieso noch gerade genug Opfer zu bringen und nebenbei Unannehmlichkeiten und Sorgen mehr als genug. Kein anderer Unterstützungszweig kommt mir zum weitem Ausmaß so notwendig vor als die Umzugskostenunterstützung, und ich glaube, daß auch die meisten ledigen Kollegen mehr soziales Verständnis dafür bekunden werden als der Münchner Artikel-schreiber. Den Schlußsatz hätte letzterer sich übrigens in seinem Artikel sparen können; denn was haben denn die Pflichten der Gewerkschaftler mit der Kinderüberproduktion zu tun? Über diesen frivolen Vorstoß geht man eigentlich am besten mit einem Nuckeln hinweg. Hoffen wir, daß ohne kleinliche gegenseitige Bekämpfung durch die diesjährige Generalversammlung ein weiterer Fortschritt im Ausbau unsrer Unterstützungswesen verzeichnet werden kann zum Wohl aller Kollegen!

Emmendungen.

O. B.

Eine öffentliche Beleidigung für jeden „verheirateten“ Kollegen ist der Satz in den Ausführungen des Kollegen Remayer (München) in Nr. 17 des „Korr.“, in welchem es heißt: „Daß ein jeder Gewerkschaftler seine Pflicht tue, die soziale Frage ihrer Lösung näher zu bringen, indem er der von Jahr zu Jahr steigenden Kinderüberproduktion einen Damm entgegenstellen solle.“ Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein sich moderner „Gewerkschaftler“ nennender Kollege solch einen Auspruch tun kann. Als seinerzeit beim allgemeinen Verarbeiterstreik im Ruhrgebiete der bekannte Kapitalist Thyssen dem Sinne nach denselben Auspruch tat, da war man im freigewerkschaftlichen wie im christlichen Lager ob solcher Äußerung so empört, daß man nicht genug Worte finden konnte, um ein solches Unsinnes geübend zurückzuweisen. Und heute steht ein sich wohl gern etwas hervorwollender proletarischer „Junggeselle“ auf demselben Standpunkt und rühmt sich, mit „verheiratet sein und nicht verheiratet sein“ aufzuräumen. Schade, daß Kollege R. nicht an Stelle des Stammvaters Adam schon lebte, vielleicht hätten die „Verheirateten“ dann nicht das proletarische Dasein zu fristen, wie es uns heute beschied ist. Ich möchte dem Kollegen R. aber anheimgen, wenn er sich geschädigt fühlt, oder es ihm sonst wie leid tut, daß den „Verheirateten“ einige Marx Umzugskosten sichergestellt werden, er ja am besten einen „Junggesellenverband der Buchdrucker“ gründete, da geht doch wenigstens kein Geld für den Umzug eines „Kinderüberproduzenten“ verloren. Sodann wäre dem Kollegen R. zu empfehlen, sich zur bevorstehenden Generalversammlung wählen zu lassen, um dort die Mittel und Wege vorzubringen, um der „Kinderüberproduktion“ im Verbands der Deutschen Buchdrucker „einen Damm entgegenzusetzen“; vielleicht wird dann uns „Verheirateten“ vom Hauptvorstande, wenn er den uns „hindernden Fortschritt“ im gewerkschaftlichen Leben erkennt, die nötige Zurechtweisung zuteil; wir hätten dann, wenn nicht etwa ein Junggeselle diesem Verbot zumiderlaufte, die allermodernste Gewerkschaft der Welt. Sodann hätte sicher Kollege R. keine Angst mehr vor zu zahlreichem Angebote von Arbeitskräften, die infolge „Kinderüberproduktion“ entfielen würden.

Cladbeck i. W.

Karl Rinne.

In Nr. 17 des „Korr.“ erschien ein Artikel unter der Spitzmarke: Der „verheiratete“ Kollege! Der aufsehenerregende „unverheiratete“ Kollege aus München entwickelt in seinem Artikel eine fonderbare Anschauung, welche ich in diesen Zeilen widerlegen möchte.

Es ist ein großer Irrtum, wenn der Verfasser in seinem Aufsatze meint, daß gerade die verheirateten Kollegen diejenigen seien, welche die übrigen Unterstützungszweige mehr in Anspruch nehmen. Welche Unterstützungszweige sind denn hier gemeint? „Orts-Praktiken“ oder „Invalidenunterstützung“? Oder etwa die „Orts- oder Reiseunterstützung“? Ja, wieviel verheiratete Kollegen erhalten resp. beziehen heute Reiseunterstützung? Also hier kämen nur die Junggesellen in Betracht, die, sowie ihnen ein leiser Wind um die Nase weht, das Ränzeln schnüren und dann 40 Tage, oder wenn es hoch kommt 70 Tage, oder wenn es töflich werden soll 280 Tage à 1 Mk. bzw. 1,25 Mk. Reiseunterstützung aus der Verbandskasse beziehen. Wo bleibt hier der verheiratete Kollege? Für diesen bleibt nur die Ortsunterstützung, während deren Bezug er sich so schnell wie möglich nach einer Kump umsehen wird; und nun erst käme die so vielbesprochene Umzugskostenunterstützung, welche lange nicht das ausmachen würde, als wenn derselbe Kollege unverheiratet auf die „Walze“ ginge. Des Artikels zweiter Abschnitt schließt mit dem ominösen Satze: „Wer heiratet, muß auch die Konsequenzen tragen.“ Über diesen beinahe mathematischen Satz könnte ich und anderer andre noch manche Nummer ausfüllen. Doch dazu ist der „Korr.“ nicht da. Im übrigen aber möchte ich dem Herrn Kollegen dringend raten, sich auch bald zu verheiraten. Und dann mache er es allen verheirateten Kollegen vor, und lege der Kinderüberproduktion einen Damm. Vielleicht hat er den Damm bereits gefunden? Er muß aber ungeschämlich wirken! Aber vorläufig wird der Damm noch immer gereizt. Folgt der Kollege meinem Räte, dann wird er es selbst erleben.

Bromberg.

O. F.

Mit seinem unter dieser Überschrift in Nr. 17 erschienenen Artikel bürtete Kollege Artur Remayer (München) wohl vielen tausend Kollegen aus dem Herzen gesprochen haben. Es liest sich auch wirklich so komisch, wenn Kollege E. W. (Trebbin) in seinem Artikel „Umzugskosten“ in Nr. 10 die Behauptung aufstellt, „daß gerade die verheirateten Kollegen die übrigen Unterstützungszweige des Verbandes weniger in Anspruch nehmen“. Ob ledig oder verheiratet, ein jeder wird die Unterstützung beanspruchen, sobald ihn die örtlichen Verhältnisse, oder besser gesagt: die Misere in unserm Gewerbe dazu zwingt. Daß ferner die in ständiger Kondition sich befindenden für diejenigen zahlen, die jahrein jahraus längere Zeit konditionslos sind oder auf der Reise sich befinden, bedarf doch wohl kaum erst der Erwägung. Eins muß eben das andre decken. Jedoch „einen für verheiratete Kollegen sehr wichtigen Unterstützungszweig weiter auszubauen“, wie Kollege E. W. ferner anführt, wäre ein vollständig verheirater Beginn. Es würde dadurch dem jetzt schon häufig genug vorkommenden unfruchtigen Umziehen erst recht die Wege gebnet. Von vielen nur ein Beispiel. Ein Kollege übersiedelte im vergangenen Jahre von Berlin, wo er drei Jahre lang domizilierte, aufs Geratewohl mit Familie

nach Dresden über. Von hiesigen Kollegen auf das Unfinnige seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht, da doch in Berlin eher Aussicht vorhanden sei, einmal festen Fuß zu fassen als in Dresden, daß derselbe als Grund an, daß der Art seiner Frau bringend geraten habe, eine „Zustveränderung“ vorzunehmen. Hiernach zu urteilen muß allerdings die Dresdner der bekannten „Berliner Luft“ vieles voraushaben!

Solche und ähnliche Fälle dürften sich öfters wiederholen, würde unsre diesjährige Generalversammlung in der „emigen Stadt“ dem Unterraum des Kollegen E. W. (Trebbin) ein besonderes Interesse zuzuwenden, und würde zugleich durch weiteres Ausbauen gerade dieses Unterstützungszweiges die Unzufriedenheit unter den ledigen Kollegen geschildert. Denn auch diese sind oftmals gezwungen, eine Kondition zu verlassen und nach einem weit entfernt liegenden Orte zu „überfiedeln“, jedoch auf eigne Kosten, trotzdem sie ihren Beitrag genau so und in derselben Höhe zu entrichten haben wie die Verheirateten.

Heirate, wer da will; es ist dies lediglich eines jeden Privatfache und gehört nicht in den Rahmen unsers Verbandes. Aber aus eben diesem Grunde mag es auch hier jeder „auf eigne Rechnung und Gefahr“ tun, und sehr treffend sagt hier Kollege Nemayer: „Wer heiratet, hat eben die Konsequenzen zu tragen!“

Leider begegnet man seitens unsrer Prinzipale und Faktoren noch vielfach solch „zarter“ (meines Erachtens nach vollständig verkehrter) Berücksichtigung der Verheirateten, indem nach Beendigung einer größeren Saisonarbeit bei der oftmals ungerechten Verteilung der „Säde“ es dann stets heißt: „Sie müssen doch bedenken, daß der Mann verheiratet ist und Familie hat.“ Kein vernünftiger Mensch wird z. B. einem 36jährigen Junggesellen zumuten, für einen 25jährigen Verheirateten seine Kondition in die Schanzen zu schlagen, weil dieser vielleicht drei bis vier Kinder hat. Der Ledige, dem es in seinem Junggesellenstand eben besser gefällt, hat, sofern er eine brauchbare Kraft, gerade so gut ein Anrecht auf Kondition wie der Verheiratete. Leider sind solche Zumutungen, wie die eben angeführte, von einzelnen Kollegen wiederholt (an mich selbst einmal vor wenigen Jahren) gestellt worden. Es ist daher tatsächlich die höchste Zeit, daß von vielen Kollegen die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit so lächerlicherweise hervorgekehrte Äußerung: „Ich bin verheiratet!“ nun endlich einmal über Bord geworfen wird, und der bei nicht wenigen verbreitete Glaube, daß ihnen auf Grund ihrer manchmal recht frühzeitigen Verheiratung stets eine besondere Berücksichtigung zuteil werden müsse, gründlich zerstört werde.

Dresden. Karl P. J. Herr.

Unter dieser Überschrift bringt der „Korr.“ in Nr. 17 vom 11. Februar einen Artikel des Kollegen Viktor Nemayer (München), worin dieser in Schlußsätzen jedem Gewerkschaftler seine Pflicht vorhält und ihm ein Rezept gibt, welches die soziale Frage ihrer Lösung um einen Schritt näher bringen soll. Er schreibt wörtlich:

Zue ein jeder Gewerkschaftler seine Pflicht, die soziale Frage ihrer Lösung näher zu bringen, indem der von Jahr zu Jahr steigenden Kinderüberproduktion ein Damm entgegengeleitet werde, denn die Macht des Kapitals wurzelt hauptsächlich in dem zahlreichen Angebote von Arbeitskräften und damit bedingter Ausbeutung und Herabdrückung der Löhne auf ein Minimum.

Auf den materiellen Inhalt dieses Satzes wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen. Unsers Erachtens ist der „Korr.“ nicht dazu da, dem naturgemäß sehr voneinander abweichenden Standpunkte der in unsrer Gewerkschaft vereinigten Kollegen in Fragen sittlicher, moralischer, religiöser und politischer Natur Raum zu gewähren; er hat nur Fragen gewerkschaftlicher Art zu behandeln. Wird in dieser Beziehung nicht aller strengste Neutralität gewahrt, so hat davon die Gewerkschaft den Schaden. Wir sind überzeugt, daß innerhalb unsers Verbandes noch Tausende von Kollegen sich befinden, die den Ausführungen des Kollegen Nemayer streng ablehnend gegenüberstehen, ja, die sich in ihrem Innern abgefohen und tief verletzt fühlen durch solche Auffassungen. Als Organ einer wirklich neutralen Buchdruckerergewerkschaft wollen wir den „Korr.“ zur Hand nehmen können; keinem Verbandsmitglied darf die Zugehörigkeit zu seiner Gewerkschaft verleidet werden durch Ausführungen, die ihn in seinem sittlichen Empfinden kränken. Außerhalb des Verbandes mag jeder Kollege seine Weltanschauung nach Lust und Gutdünken vertreten, innerhalb des Verbandes (sowohl in unsern Organen wie in den Versammlungen) wollen wir alle untereinander nichts weiter sein als Buchdrucker und Kollegen mit dem Grundzuge der gemeinsamen Wahrung unsrer Standesinteressen. Weil wir den Verband um seiner großen allgemeinen Ziele willen schätzen und ihn in seiner Volkstakt erhalten wissen möchten, bedauern wir es aufs lebhafteste, daß in letzter Zeit so mancherlei Strömungen und Auffassungen zum Worte gelangen, die nicht das mindeste mit den Aufgaben des Verbandes zu tun haben, die ohne Nachteil von der Redaktion abgelehnt werden könnten und sollten. Noch bedauerlicher ist, daß die Redaktion solche Entgleisungen einzelner Kollegen, wenn sie dieselben passieren lassen will, ohne jeden Kommentar in die Kreise der Kollegen hineinsendet, unter denen sich eine größere Zahl junger, noch wenig gefestigter und gereifter Mitglieder befindet.

Wir protestieren entschieden gegen diese immer wiederkehrenden Verlegungen der Neutralität, die dahin führen müssen, daß ein erheblicher Teil der Kollegenschaft des Verbandes überdrüssig wird. Freiheit der persönlichen Überzeugung möge jedem gewahrt bleiben, aber innerhalb des Verbandes setzen wir alles Trennende zurück, um uns als Kollegen zu fühlen und als solche zu handeln.

Dülken (Rhb.). H., M., P., O., G.

Anmerkung der Redaktion: Nachdem alle die, die es angeht, im Sinne der jeweiligen Parteien sich genügend geäußert, verabschieden wir sowohl den verheirateten wie den unverheirateten Kollegen. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit vor der Generalversammlung noch zurückzukommen, um Irrtümer in dieser Sache richtig zu stellen. Daß mit der Behandlung dieser Angelegenheit die Neutralität des Verbandes verletzt würde, können wir nicht einsehen. Doch darüber später.

Gaulaffen.

Eines unsrer besten, wenn nicht das beste Agitationsmittel des Verbandes sind seine ausgezeichneten Klassenverhältnisse resp. mufertgültigen Unterstützungseinrichtungen. Man braucht aber noch längst kein „Kassenreiter“ zu sein, um nicht einzusehen, daß die jetzigen Zustände im höchsten Grad ungerecht und deshalb unhaltbar sind. Ich schreibe mich da den Ausführungen des Leipziger Kollegen W. G. in Nr. 14 voll an und rufe mit ihm: „Fort mit den Gaulaffen!“ Denn die durch die Gaulaffen geschaffenen Zustände sind einer „modernen“ sein wollenden Organisation unwürdig. Man denke: Ein Kollege, der so und so viele hundert Wochen gekauert hat, muß u. U. mit 10,50 Mk. abgefunden werden, während der, welcher kaum die Hundert überschritten hat, seine 14 oder mehr Mark bekommt. Es würde mancher ruhiger schlafen, wenn hierin ein Ausgleich geschaffen würde.

Ohne Anspruch darauf zu erheben, für maßgebend zu gelten, möchte ich einige diesbezügliche Vorschläge machen.

Sämtliche Gaulaffen (vgl. W. G. in L.) werden aufgelöst und der direkte Verbandsbeitrag um 20—25 Pf. erhöht. Meines Erachtens würde es nun gut sein, wenn dieser nackte Beitrag unter Zugrundelegung unsrer tariflichen Sozialzuschläge „besteuert“ würde, d. h. es werden je nach dem Sozialzuschlag 2%,—25 Proz. aufgeschlagen und auf 5 Pf. abgerundet. Genau so müßte natürlich auch bei Bemessung der Unterstützung verfahren werden, mit dem Unterschiede, daß auf 50 Pf. abgerundet wird. Um nun eine zu starke Belastung der Kassen zu vermeiden, müßten die Kassenzettel, entsprechend heraufgesetzt werden, so aber, daß mit 100 Beiträgen 1,50 Mk., mit 150 Beiträgen 1,75 Mk. und mit 250 Beiträgen 2 Mk. pro Tag ohne „Sozialzuschlag“ gezahlt würden. Maßgebend für die Höhe der Unterstützung wäre der Aufenthaltsort des Konditionslöser.

Hoffentlich wird von verschiedenen Bezirken usw. ein derartiger Antrag gestellt, damit der in Köln tagende „Hohe Rat“ in Angeregten Wandel schaft.

Wo soll das hinaus!

Die Erklärung der Zentralkommissionen in Nr. 22 des „Korr.“ wird einem großen Teile der Kollegenschaft Unlach zum Nachdenken geben. Haben denn die Sparten wirklich Grund zur Mißstimmung dem Zentralvorstande gegenüber? Wir behaupten nein und nochmals nein! Die Mißstimmung, die in Wirklichkeit besteht, ist die, welche von der Gesamtkollegenschaft ausgeht, und zwar über die Handhabung der letzten Tarifbewegung und über die Änderung des famosen Organisationsvertrages, aber die Sparten an und für sich haben gar keinen Grund zur Unzufriedenheit. Man denke nur über die letzten Tarifbewegungen nach, so wird man finden, daß unser Zentralvorstand und die Gehilfenvertreter hauptsächlich für die Sparten gearbeitet und genug erreicht haben, während doch für die größte Sparte, die sogenannte „Schmalzstullenpartei“ (Handseger), nichts Besonderes herausgesprungen ist.

Darum, werde Spartenkollegen, Gewehr bei Fuß, und laßt vor allen Dingen den Zentralvorstand in Ruhe! Er hat für die Sparten voll und ganz seine Pflicht getan, und ist es an der Zeit, daß auch die Sparten mit ihren Forderungen ein wenig Maß halten und nicht gleich den Kriegspfad beschreiten, wenn es einmal nicht nach ihrem Wunsche geht. Doch zur Generalversammlung möchten wir einen Vorschlag machen, da uns der Antrag Schaffer zu weit geht: „Die Vorsitzenden der Zentralkommissionen zu Weisigern des Zentralvorstandes zu wählen.“ Damit glauben wir, ist den Sparten gedient und ihrer Interessenvertretung der nötige Rückhalt gegeben, denn der Zentralvorstand muß ja doch bei allen Differenzen auf tariflichen wie auf dem Verbandsgebiete gehört werden, und so werden die Spartenvertreter ihre Meinung dazu äußern können. Die Gesamtkollegenschaft hat ein dringendes Interesse daran, daß der Frieden in unserm Reichen nicht getrübt wird, und sind wir der Meinung, daß auch hier in diesem Falle von einer Mißstimmung der Sparten gar keine Rede sein kann, und daß die Erklärung der Zentralkommissionen besser unterblieben wäre, zum Besten der Gesamtheit.

Bielefeld. Einige Nichtspartler.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vereinsversammlung vom 19. Februar.)
Eingiger Punkt der Tagesordnung war die Besprechung über die zur Generalversammlung des Verbandes gestellten Vträge. Der Vorsitzende empfahl zunächst die Erledigung der Tagesordnung in der Weise, daß, um eine Generaldiskussion zu vermeiden, die Vträge gleich von den Antragstellern begründet und, wenn dies geschähe, die Kollegen über die einzelnen Vträge sprechen sollten. Weiter wurde man sich darüber einig, daß zunächst die das Statut behandelnden Vträge und die damit mehr oder weniger zusammenhängenden Vorschläge über die Tarifvereinbarungen und die Tarifamtsbeschlüsse erledigt werden sollen. Die Vträge, die in größerer (Berlins Bedeutung entsprechender) Zahl gestellt sind und sämtlich einen Drang nach größerer Freiheit erkennen lassen, wie in der Diskussion betont wurde, zerfallen in solche des Gauvorstandes, der vereinigten Zentralkommissionen und der Einzelkollegen. Des Raumes wegen sollen die zurückgezogenen oder abgelehnten Vträge hier nicht erwähnt werden, sondern nur diejenigen, welche von der Versammlung akzeptiert worden sind. Es sind dies die folgenden: Die zu § 1 des Statutes beantragte Änderung: statt mit Ausschluß aller „politischen“ Fragen zu setzen: „partei politischen“ wurde damit begründet, daß es ja keineswegs zutrifft, daß eine Gewerkschaft diese Fragen unberücksichtigt lassen kann, im Gegenteile müssen die verschiedensten politischen Vorgänge in den Parlamenten, soweit sie die Arbeiter angehen, schonungslos unter die Lupe genommen werden. Die Parlamentsbeschlüsse können manchmal für die Gewerkschaften mehr Schaden bringen als eine Tarifvereinbarung Nutzen gebracht hat. Anstatt zu allen solchen Fragen in deutlicher Weise Stellung zu nehmen, hat die „Korr.“-Redaktion dieselben fast immer nur in referierender Weise unter „Rundschau“ behandelt. Dagegen kann man politische Parteipolitik häufig an leitender Stelle unsers Organs finden, wie es auch gegenwärtig durch die Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ der Fall ist. Solche Artikel sollten mit Rücksicht auf die verschiedenen politischen Parteistellungen unsrer Mitglieder in Fortfall kommen, die uns überdies bei den andern Arbeitern nur schaden. Hat einer der „Korr.“-Redakteure Bedürfnis nach journalistischer Betätigung auf diesem Gebiete, so muß er sich auch nach geeigneten Pressorganen hierzu umsehen, aber das Gewerkschaftsblatt möge der Betreffende damit verschonen. Weiter angenommene Vträge des Gauvorstandes sind die folgenden: Der § 13 des Verbandsstatuts ist wie folgt zu ändern: § 13. Der Verbandsvorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden, einem Sekretär und acht Beisitzern. Als § 13a ist einzufügen: Zweck Erledigung der Verwaltungs- und Kassenangelegenheiten des Verbandes wählt die Generalversammlung einen Verwalter und einen Kassierer, welche im Verbandsvorstande beratende Stimme haben. § 15 ist wie folgt zu ändern: § 15. Die Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden, des Sekretärs, des Verwalters und des Kassierers geschieht, und zwar für jeden in einem besonderen Wahlgange, durch die Generalversammlung mittels Stimmzettel und absoluter Mehrheit. Scheidet im Laufe der Wahlperiode eine der vorgenannten Personen aus dem Amte, oder ist sie dauernd verhindert, die Amtsgeschäfte wahrzunehmen, so erfolgt die Ergänzungswahl für den Rest der Amtsdauer auf Vorschlag der Mitgliedschaft des Verbandsorgans durch die Gauvorstände. § 16. Die Beisitzer des Verbandsvorstandes werden von den Mitgliedern am Orte des Verbandes durch Urabstimmung mittels Stimmzettel und absoluter Mehrheit gewählt. Scheidet ein Beisitzer aus, oder ist er dauernd verhindert, an den Sitzungen des Vorstandes teilzunehmen, so erfolgt die Ergänzungswahl für den Rest der Amtsdauer durch die dazu berufene Versammlung der genannten Mitgliedschaft. § 17 ist wie folgt zu ändern: § 17. Zur Gültigkeit einer Erklärung des Verbandsvorstandes ist die Unterschrift eines Vorsitzenden und eines Vorstandsmitgliedes erforderlich. § 20. Die Leitung der Generalversammlung liegt den beiden Vorsitzenden des Verbandes ob. Außerdem wählt die Generalversammlung ein Bureau von vier Personen zur Unterstützung der Vorsitzenden. § 33 Absatz 2 ist zu setzen: 4 Prozent der Einnahmen. Für diese Vträge, soweit sie einer Begründung bedürfen, sei das folgende kurz angegeben: Für die Verstärkung des Verbandsvorstandes ist maßgebend, daß die Zahl von drei amtierenden Personen auf keinen Fall mehr genüge. Im Laufe der Jahre, seitdem dieselbe Zahl dafür gelte, hat die Arbeit für dieselben durch die große Mitgliederzunahme derart zugenommen, daß zur gewissenhaften Erledigung ihre volle Arbeitskraft in Anspruch genommen ist und für Agitation kein besten Willen keine Zeit übrig bleibt. Wie schon Kollege Schaffer ausgesprochen hat, wird dies Gebiet bei uns zu sehr vernachlässigt, denn gerade, weil die Mitgliederzunahme in den letzten Jahren eine so erfreulich große war, gebe es eine Menge Erziehungsarbeit zu erledigen. Dazu sollte man die Zeit des Waffensstillstandes — der Zeit der Gültigkeitsdauer für den Tarif — benutzen. Bei uns gebe es aber immer nur ein wenig Leben, wenn der Abschluß eines Tarifes bevorsteht und noch einige Zeit nach Abschluß desselben. Dann herrsche wieder Ruhe, völlige Ruhe. Auf dem Gebiete der Erziehung zu wachen Kollegen gibt es aber eine Lücke noch zu tun, wie man oft genug aus dem „Korr.“ ersehen kann. Durch die von Berlin vorgeschlagene Änderung hofft man, daß neues Leben in die Verbandsleitung kommt; denn zweifellos würden die in ihr Ressort eingearbeiteten Kollegen ihren Posten weiter

ausüben, weil da so leicht ein Personenwechsel nicht möglich und auch nicht nötig ist. Die neu hinzukommenden Kräfte würden das neue Arbeitsfeld übernehmen. Als weitere Erklärung für die Mehrarbeit des Verbandsvorstandes wird auch die Ausdehnung unserer Spartenbewegung angeführt werden können. Daraus darf man ja den Sparten gar keinen Vorwurf machen, denn durch die gerechte Verteilung der Weisiger würden sie Arbeit zugewiesen erhalten, die sie zweifellos freudig erlabigen würden. Die weiteren Anträge sind unter Berücksichtigung der beiden Vöfage des § 13 nur redaktionelle Änderungen des Statutes. Die beantragte Erhöhung der Remuneration von drei auf vier Prozent hält Berlin ebenfalls für gerechtfertigt, weil die Arbeiten der Abrechnung im Interesse der Verbandskasse derartig Zeit erfordern, daß die Kräfte dafür nicht mehr von dieser Remuneration bezahlt werden können. Die Anträge der vereinigten Zentralkommissionen sind die folgenden: 1. § 13 des Verbandsstatutes erhält im 1. Absatz folgenden Zusatz: „Die Zentralkommissionen der Sparten sind dem Verbandsvorstande anzugliedern und nimmt ein Mitglied derselben an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil, um den Verbandsvorstand entsprechend der heutigen Entwicklung im Gewerbe über alle einschlägigen Verhältnisse zu informieren.“ 2. § 19 des Verbandsstatutes erhält im 1. Absatz folgenden Zusatz: „Den Gauvorständen sind spezielle Vertreter der verschiedenen Sparten in gleicher Weise anzugliedern wie die Zentralkommissionen dem Verbandsvorstande. Ihre Wahl ist durch die einzelnen Sparten der Gau vorzunehmen.“ 3. Die Zusammenlegung der Vorstände der Bezirke und Mitgliedschaften soll eine derartige sein, daß neben den üblichen Vorstandsmittgliedern die Vorsitzenden der in Betracht kommenden Spartenvereine als Weisiger ihnen mit beratender Stimme angehören. 4. Den in Punkt 2 und 3 erwähnten Spezialvertretern der Sparten soll von Verbands wegen das Recht eingeräumt werden, spezielle Spartenversammlungen aller in Betracht kommenden Verbandsmitglieder einzuberufen zur Erledigung und Vespredung der mit den jeweiligen tariflichen Bestimmungen zusammenhängenden internen Berufsfragen. Mehrheitsbeschlüsse dieser Versammlungen sind nach Zustimmung der zuständigen Gesamtvorstände der Verbandsmitgliedschaften für sämtliche den betreffenden Mitgliedschaften angehörenden Mitglieder der in Frage stehenden Sparten unbedingt verbindlich. 5. In § 24 Absatz 2 ist folgender Satz einzufügen: „Außerdem haben die Zentralkommissionen der Sparten das Recht, je einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden.“ Der Sprecher zu den Spartenanträgen glaubte diese nicht besser begründen zu können als durch Anführung jener bekannten Erklärung des Verbandsvorstandes, die beweise, wie es nicht sein soll, sondern die Sparten wünschen ein Hand-in-handarbeiten mit dem Verbandsvorstande, und sie haben die Hoffnung, daß dieser dabei ihre Angelegenheiten in keinem Interessensliegend ansehen wird, zumal es sich bei der Hinzuziehung von Spartenvertretern doch immer nur um beratende Stimmen handelt. Gegen Aufklärung sei doch wohl niemand. Bei den Gauen liege es meistens so, daß die Auskünfte nicht genügend gegeben werden könnten, was die vielen Anfragen bei den Zentralkommissionen beweisen. In Berlin würde ja häufig auch so verfahren, daß der Gauvorstand sich mit den Sparten in Verbindung setze, das sei ja für diesen Ort auch leicht möglich, weil alles seinen Sitz dort hat. Für die Provinzgauvorstände liege die Sache wesentlich schwieriger. Haben dieselben doch Orte mit Schiedsgerichten, wo dasselbe fast gar nicht im Jahre oder selten einmal zusammentritt; daher sind die direkten Erfahrungen auch weniger vorhanden, was ebenfalls durch den entsprechenden Spartenantrag verbessert werden soll. Was die Sparten zu dem Antrage 4 veranlaßt habe, sei, daß verschiedene Kollegen sich um die Spartenvereine der Kosten wegen nicht kümmerten und damit nur zu oft auch nicht um Beschlüsse derselben, die doch aber fast stets im Interesse der Allgemeinheit liegen. Die Einschränkung, daß solche Beschlüsse erst sanktioniert werden müßten, mache denselben doch wirklich annehmbar. (Bei der Diskussion über diese Anträge, die für Verbesserungs- oder Änderungsbedürftig angesehen wurden, ist besonders vom Vorsitzenden betont worden, daß sich doch niemand auf die Anträge festlegen wolle, sondern dieselben sollen nur die Richtung angeben, nach welcher die Generalversammlung beschließen solle.) § 15 des Verbandsstatutes dahin zu ändern: Die Wahl des Vorsitzenden, des Hauptverwalters und des Kassierers geschieht durch direkte Wahl der Verbandsmitglieder mittels Stimmzettel und absoluter Mehrheit. Die Weisiger werden von den Mitgliedern am Sitze des Verbandes durch Urabstimmung mittels Stimmzettel und absoluter Mehrheit gewählt. Die Amtsdauer des Vorstandes währt drei Jahre. Die Wahl des zeichnenden „Korr.“-Redakteurs geschieht ebenfalls durch direkte Wahl mittels Stimmzettel. § 28 Nr. 5 und 6 ist zu streichen. Die Antragsteller sehen in der direkten Wahl immer die sicherste Gewähr dafür, daß der Wille der Allgemeinheit zum Ausdruck kommt; anders auf der Generalversammlung, wo dies gerade in diesen Fragen oft nicht der Fall ist. Das Resultat würde durchaus kein umfänglicheres sein, denn ganz ungrübeln sei man doch mit niemand, wenn auch einmal eine kleine Meinungsverschiedenheit vorherrsche. Auch für die zu wählenden Personen müsse eine solche Wahl angenehmer sein, wenn sie ersehen könnten, welches Vertrauen dieselben bei den Mitgliedern hätten. Kompliziert sei die Sache gar nicht, alle zwei oder drei Jahre könne sehr wohl von den Mitgliedern der Stimmzettel benutzt werden. Hingugefügt wurde zu diesem Antrage noch,

daß die Generalversammlung schon die Kandidaten vorschlagen soll. Der Einwand, daß durch solche Wahl das Verantwortungsgefühl des Verbandsvorstandes der Generalversammlung gegenüber in Fortfall komme, treffe keineswegs zu. Er führe Biffen an, monach Berlin etwa 20 Prozent der Mitglieder habe, aber bei der Generalversammlung nur etwa 17 Prozent Einfluß habe, was wegen der kleinen Gau ja nicht anders zu machen ginge. § 24 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Alle zwei Jahre findet eine ordentliche Generalversammlung statt, an welcher der gesamte Zentralvorstand mit beratender Stimme teilzunehmen hat.“ Der Antragsteller hält den zu behandelnden Stoff in unserm Verbands für so reichlich vorhanden, daß die Generalversammlung sehr gut alle zwei Jahre stattfinden könne, wie es viele Gewerkschaften schon hätten. Die gewünschte Anwesenheit des gesamten Verbandsvorstandes auf der Generalversammlung sei eine alte Berliner Forderung. Die Generalversammlung möge beschließen: „Der Zentralvorstand hat unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß Beschlüsse des Tarifamtes, welche von einschneidender Bedeutung für die Mitgliedschaft sind, oder bestehende bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zu beseitigen in der Lage sind, nur nach vorheriger Verständigung mit den Gauvorständen gefaßt werden können. Zum Abschluß von Tarif- oder sonstigen Verträgen bedarf es der Zustimmung einer Generalversammlung.“ Zu diesem Antrage wird begründend ausgeführt, daß vom Tarifamte lange bestehende Rechte der Kollegen durch einen Federstrich beseitigt worden sind. Es wird auf zwei Vorkommnisse hingewiesen, nämlich die sogenannte Arbeitsverweigerung, die es bedeuten würde, wenn ein Gehilfe einer Neuordnung des Geschäftes nicht nachkommt, auch schon für die Zeit, wo die Instanzen darüber noch nicht gesprochen haben. Früher war diese Zeit der Ruhezustand der Anordnungen. Dadurch sei die Parität zwischen Gehilfenchaft und Prinzipalität völlig geschwunden und der Gedanke, den wir beim Abschluß des Tarifes hatten, über den Haufen geworfen. Noch deutlicher komme unsere Einflußlosigkeit darin zum Ausdruck, daß Beschlüsse von Organisationen nicht an die Stelle tariflicher Bestimmungen treten können. Durch den Abschluß des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation glauben wir uns einen gewissen Einfluß erworben zu haben, und nun befehrt uns das Tarifamt eines andern. Der Entschluß des Amtes bezieht sich auf den überfundenbeschlusse des Berliner Vereins, der schon vor einigen Jahren gefaßt war. Wenn solche Beschlüsse des Tarifamtes möglich seien, dann sei es an der Zeit, daß wir uns nach geeigneten Mitteln umsehen müssen. Ein weiterer Antrag, der das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei Tarifveränderungen sichern will, gelangte ebenfalls zur Annahme, doch wird derselbe noch erst einen kleinen Abänderung unterzogen werden. „Es handelt sich darum, daß über die Annahme des Tarifes eine Urabstimmung entscheidet. Dies wären die in der Versammlung angenommenen Anträge. Die nächste Versammlung wird die noch zu erlegenden Anträge zu den „Beschlüssen des Vorstandes“ zu beraten haben sowie einige weitere allgemeiner Natur.“

Wiesfeld. Die erste Bezirksversammlung, welche am 16. Februar abgehalten wurde, hatte einen sehr starken Besuch zu verzeichnen; sie wurde vom Grapfischen Gesangvereine durch Vortrag der „Festhymne“ eingeleitet, welche beifällig aufgenommen wurde. Aus dem Jahresberichte, welchen Kollege Mirow gab, war zu entnehmen, daß das verlassene Vereinsjahr ein sehr arbeitsreiches gewesen und als ein gutes zu bezeichnen wäre. Nachdem Minden für den Tarif und den Verband gewonnen und die Firma Staats in Lipptadt den Tarif anerkannt habe, arbeiten sämtliche Mitglieder des Bezirks zu tarifmäßigen Bedingungen. Der Mitgliederverband bezifferte sich auf 518 gegen 446 des Vorjahres. Kollege Holz berichtete über das Kasernenwesen und wurde diesem für seine mühevollgütige Führung seitens der Versammlung Danksage erteilt. Wegen Resten ausgeschlossen wurden die Kollegen Ernst (Wiedermarsberg) und Lüddecke (Wiesfeld). Der Bezirksvorstand fand die Bestätigung der Versammlung. Die Remuneration des Vorstandes wurde dahingehend geregelt, daß die Ortskasse ein Drittel und die Bezirkskasse zwei Drittel zu leisten hat. Kollege Ernst berichtete über seine Tätigkeit als Schiedsgerichtsvorsitzender und Arbeitsnachweisverwalter für 1907. Es fanden drei Sitzungen statt, in welchen über sieben Klagen verhandelt wurde. Nach Erledigung der Anträge zum Gehalt und zur Generalversammlung fand die Wahl des Ortes zur nächsten Bezirksversammlung statt und wurde Minden als solcher gewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Danzig. Die letzte Versammlung des hiesigen Ortsvereins beschloß, zur Generalversammlung des Verbandes folgende Anträge zu stellen: 1. Der Hauptvorstand ist um mindestens zwei angestellte Personen zu vermehren, deren Hauptaufgabe Agitation unter den Mitgliedern und die Revisionen der Gaultassen sein soll. 2. Der § 1 ist dahin abzuändern, daß der Verband unter Weibehaltung seiner Neutralität in politischen und religiösen Fragen zu sozialpolitischen Fragen selbständig Stellung nimmt. 3. Im § 1 der Vorstandsbeschlüsse (betreffend Reiseunterstützung) ist in Absatz 2 hinter „1,25 Mark pro Tag“ anzufügen: „Diejenigen Mitglieder, die 100 Beiträge geleistet haben, 1,50 Mk.“ 4. Der „Korr.“ ist obligatorisch einzuführen. Durch Antrag 1 wird gehofft, auch dem sich hier fühlbar machenden Mangel an gewerkschaftlicher Durchbildung und Erziehung zu be-

gegen. Antrag 2 soll unsern Verband verpflichten, als solcher durch seine Repräsentanten: Hauptvorstand und Generalversammlung, öffentlich unsere Stellung zu den sozialpolitischen Gesehen zum Ausdruck zu bringen und den gesetzgebenden Körperschaften zu übermitteln. Eine offensibare Ungerechtigkeit in unserm Unterstühtungsweisen will Antrag 3 beseitigen, indem denjenigen Kollegen, die bereits zur Ortsunterstützung mit 1,50 Mk. berechtigt sind, auch ein Reisegeld in dieser Höhe gezahlt werden soll; bisher erhielten solche Kollegen nur 1,25 Mk.; sie sind daher weniger leicht geneigt, sich auf die Reise zu begeben. Antrag 4 ist eine zeitgemäße Forderung, die hoffentlich an der Kostenfrage nicht scheitern wird.

Sch. Dresden. (Versammlung der Gauvereinsmitglieder am 18. Februar.) Zunächst wurde in die Beratung und Beschluffassung über die zum Kölner Verbandstag eingegangenen Anträge eingetreten: a) Anträge der vereinigten Spartenvorsitzenden: I. Die Zahl der Weisiger im Verbandsvorstand ist zu erhöhen. II. § 13, Zusatz zum 1. Absatz (Verbandsstatut): „Die Zahl der Weisiger ist im Zentralvorstande zu erhöhen, und zwar derart, daß sämtliche Branchen in demselben ihre Vertretung haben.“ III. § 19 Absatz 1 (Verbandsstatut): „Den Gauvorständen sind tüntlich Vertreter der verschiedenen Branchen in gleicher Weise anzugliedern wie dem Verbandsvorstande.“ IV. Die Zusammenlegung der Vorstände der Bezirke und Mitgliedschaften soll eine derartige sein, daß möglichst alle Branchen darin vertreten sind.“ V. Im § 24 Absatz 2 ist folgender Satz einzufügen: „Außerdem haben die Zentralkommissionen der Branchen das Recht, je einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden.“ Kollege Lehmann begründete die Anträge und nimmt Bezug auf das Zirkular des Verbandsvorstandes an die Gau- und Bezirksvorstände und glaubt zum bessern Verständnisse der entstandenen Meinungsverschiedenheiten etwas weiter zurückgreifen zu müssen. Als 1906 die Tarifberatungen beendet waren, machte sich eine Strömung gegen die Tarifabmachungen unter den Prinzipalen bemerkbar, hervorgerufen durch die Fabrikanten von Apparatmaschinen, welche eine Verringerung des Absatzes befürchteten. Schon in der Sitzung vom 17. November, also noch bevor der neue Tarif in Kraft trat, beschäftigte sich das Tarifamt mit dieser Angelegenheit, ohne jedoch zu einem bestimmten Beschlusse zu kommen. Erst in der Sitzung vom 17. Februar 1907, an der sich auch die Kollegen Schaffer (Karlsruhe) und Hesselbarth (Leipzig) beteiligten, kam es zu einer definitiven Stellungnahme. Hier kam man den Prinzipalen nun in der Weise entgegen, daß man neben einer Apparatmaschine noch das Bedienen einer einfachen Schnellpresse gestattete. In der Sitzung des Tarifausschusses vom 29. und 30. April sanktionierte man diesen Beschlusse des Tarifamtes. In das Protokoll hierüber hätte sich jedoch der unliebsame Fehler eingeschlichen; wonach es heißt, daß „ein Maschinenmeister zwei Apparatmaschinen bedienen könnte. Kräfte habe sofort Protest dagegen eingelegt, ohne jedoch einen Erfolg damit zu erzielen; ebenso sei der Protest der Zentralkommission erfolglos geblieben. Erklärte doch das Tarifamt auf eine diesbezügliche Eingabe, an dem Beschlusse des Tarifausschusses nichts ändern zu können. Hieraus resultiert das Rundschreiben der Zentralkommission, mit dem sich das Zirkular des Verbandsvorstandes und auch die Gauvorsteherkonferenz in der bekannten Weise als über die Befugnisse der Zentralkommission hinausgehend beschäftigten. Der Beschlusse des Tarifausschusses sei natürlich auch sofort von etlichen Firmen benutzt worden; so in Dresden von der Firma Teubner. Um nun über diese Vorkommnisse eine Aussprache der beteiligten Kreise herbeizuführen, fand in Würzburg die Konferenz der Maschinenmeister statt, und sind die heute hier vorliegenden Anträge der Extrakt derselben. Sie sollen nicht den Zweck haben, die Zweitigkeiten zu vermehren, sondern sollen dazu dienen, den Zentralvorstand zu informieren. Der Antrag, im Gauvorstande vertreten zu sein, ist für Dresden eigentlich gegenstandslos, weil hier bereits fast alle Sparten vertreten sind. Das ist aber nicht überall so. In Berlin habe man es sogar abgelehnt, den Vorsitzenden der Zentralkommission, Manteuffel, als Delegierten für die Generalversammlung zu wählen. (Die Wahlen sind ja noch gar nicht vorgenommen! Neb.) Da es die Maschinenmeister jedoch für notwendig halten, daß Kollege Manteuffel auf der Generalversammlung anwesend ist, um die Zentralkommission vertreten zu können bzw. auf die Angriffe zu reagieren, haben sie beschlossen, Manteuffel auf Kosten der Maschinenmeister nach Köln zu senden. Lehmann empfiehlt sodann nochmals die gestellten Anträge zur Annahme. In der sich hierauf entwickelnden Debatte hält es Kollege Wendische für notwendig, als Teilnehmer an der Gauvorsteherkonferenz seine Meinung zu äußern. Lehmann hätte versucht, die Differenzen, die zu der Stellung dieser Anträge geführt haben, Karzulegen. Es sei ihm jedoch nur zum Teile gelungen. Bei dem Beschlusse des Tarifamtes habe er ganz außer acht gelassen, daß es nur in ganz besonderen Fällen gestattet sein solle, und nach Anhörung der betreffenden Instanzen, zwei Apparatmaschinen zu bedienen. Es wäre also nicht den Prinzipalen so ohne weiteres die Ausübung dieser Ausnahmebestimmungen zugestanden worden. Er gebe aber zu, daß Kollege Schlies bei der Protokollierung den Fehler gemacht haben könne. Auf der Gauvorsteherkonferenz sei doch der Maschinenmeister Hoyer aus Berlin mit anwesend gewesen, welcher der Auffassung der Konferenz nicht entgegengetreten wäre. Im übrigen wäre die Ausübung des Beschlusses vom Tarifamte seitens der Prinzipale nicht in dem Maße zu verzeichnen, wie es der Kol-

lege Lehmann hingestellt habe. Es wären bis jetzt nur drei Fälle in ganz Deutschland zu verzeichnen, darunter allerdings bedauerlicherweise die Firma Teubner in Dresden. Was die Anträge selber anbelangt, so läge wohl kein Grund vor, eine Änderung des Verbandsstatutes zu beantragen. Der Kollege Schäffer wäre wohl die ganze treibende Kraft dieser Maschinenmeisterbewegung. Selbst Kräfte habe erklärt, daß wenn er noch der Zentralkommission angehören würde, er die Sache anders angefaßt haben würde. Mit den Anträgen bezüglich Teilnahme der Sparten an den Sitzungen des Gauvorstandes renne man offene Türen ein, denn schon seit Jahren seien die Sparten im Orts- wie Gauvorstand vertreten. Im Zentralvorstand und im Berliner Gauvorstand wären ebenfalls die Sparten vertreten. Die vorhandenen Mißverständnisse wären jedoch nicht in der Lage, den Artikel des Kollegen Schäffer zu rechtfertigen. Der Vorliegende Wendische ging Johann näher auf den Artikel Schäffers ein. Der Handseger wäre auch empfohlen worden, sich in einer Sparte zusammenzuschließen. Das hielt Wendische jedoch für sehr gefährlich, denn damit würde nur ein großer Zankapfel in die Kollegenfreie getragen. Was die Kollegen, wie Schäffer, wünschen, würde nicht eintreffen. Es liege keine Veranlassung vor, so scharf vorzugehen. Er sei nicht dagegen, wenn die Vorstehenden der Zentralkommission der Generalversammlung bewohnten, aber im Statute könnte das nicht festgelegt werden. Er empfehle ruhige und sachliche Besprechung dieser Angelegenheit. In der zeitweise recht hümmigen Debatte ging ein Antrag Gahn ein, der Aufnahme der Zentralvorstehenden der Sparten in den Zentralvorstand verlangt, dafür aber Auflösung der Zentralkommissionen haben will. Vorkommende Beschwerden sollte dann der Zentralvorstand direkt entscheiden. Dieser Antrag erledigte sich durch die Annahme des Punktes V von dem zur Debatte stehenden Anträgen. Punkt I wurde ebenfalls angenommen. Punkt II mit 120 gegen 100 Stimmen, Punkt III mit 109 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Punkt IV ward ebenfalls mit sehr starker Mehrheit abgelehnt.

b) Antrag des Kollegen Wegel: Die Generalversammlung beschließt: „Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, mit den Buchdruckerverbänden in den Bändern, in denen die in Berlin und Leipzig domicilierenden Segmaschneifenfabriken ihr Absatzgebiet haben, in Verbindung zu treten behufs Anbahnung von Verhandlungen zur Regelung der Instruktorenfrage.“ Derselbe wurde nach kurzer Begründung seitens des Kollegen Wegel angenommen.

c) Antrag des Kollegen Kaden: „Die Invalidenunterstützung ist von Verbands wegen möglichst zu erhöhen.“ Demselben stimmte die Versammlung ebenfalls zu. d) Antrag des Kollegen Steinbrück: I. Dem § 1 der Beschlüsse e ist als letzter Absatz anzufügen: „Solchen Wiederbeitretenden, welche schon früher bezugsberechtigte Mitglieder des Verbandes waren, kann, sofern in der Invalidenliste nicht mehr, als, z. B. Jahre, vergangen sind, eine Verkürzung der Karenzzeit, jedoch nicht, bis unter 20 Wochen, gemäht werden.“ II. Dem § 8 der Beschlüsse e ist als letzter Absatz anzufügen: „Mitglieder, welche von der Versicherungsanstalt die Invalidenrente erhalten, sind von der Beitragszahlung eines ärztlichen Attestes befreit.“ Den ersten Teil seines Antrages empfahl der Antragsteller aus agitatorischen Gründen, während er den zweiten Teil mit Rücksicht auf die finanzielle Stellung der Invaliden begründete. Antrag d ward einstimmig angenommen. Hierauf wurden einige lokale Sachen behandelt.

Samburg-Altona. (Außerordentliche Generalversammlung in „Gewerkschaftshaus“ am 23. Februar.) Wieder aufgenommen wurden die Seher Carl Eggblum, Theodor Werner und Heinrich Franz Werner sowie der Drucker Willi Schulz. Konditionslos sind 48 Kollegen. Die Beratungen über das Statut wurden zu Ende geführt und daselbe einstimmig angenommen. Die wichtigsten Beschlüsse in dieser Hinsicht waren: 1. Die besoldete Anstellung eines ersten Vorstehenden. 2. Die Gehaltsfestsetzung deselben sowie die des Bervalters. Als Anfangsgehalt werden pro Jahr 2700 Mk., steigend alle zwei Jahre um 100 Mk. bis zur Höchstgrenze von 3300 Mk., gesetzt. 3. Die Festsetzung des wöchentlichen Beitrages auf 2 Mk. für das Jahr 1908. Dieser Beschluß wurde in der Voraussetzung gefaßt, daß der Vorstand Ende dieses Jahres die wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin einer genauen Prüfung unterzieht, ob der Beitrag herabgesetzt werden kann bzw. hierüber einen Versammlungsbeschluß herbeiführt. Nachstehende Übersicht der Ausgaben für Arbeitslose möge die Notwendigkeit dieser Beitragsfestsetzung dartun: Verbandskasse im Januar 1907 1016,75 Mk., im Januar 1908 905,55 Mk., im Februar 1907 (vier Wochen) 354,50 Mk., im Februar 1908 (drei Wochen) 1091,75 Mk.; Gautafse im Januar 1907 472,25 Mk., im Januar 1908 1409,50 Mk., im Februar 1907 (vier Wochen) 252,75 Mk., im Februar 1908 (drei Wochen) 539 Mk. Arbeitslose im Januar 1907: 89, im Januar 1908: 148. Die Beratung der Anträge zu der im Mai in Köln stattfindenden Generalversammlung wurde der vorgedachten Zeit halber vertagt.

Leipzig. In der am 21. Februar im „Schloßkeller“ abgehaltenen Gaumitgliederversammlung gab der Vorstehende bekannt, daß bei F. W. Hirschfeld eine dreieinhalbwöchige Arbeitsentfaltung stattfand, weil die Seher ihren Lohn an Lohnzahlungstage nicht ausbezahlt erhielten. Auch die bei Hirschfeld arbeitenden Gutenbergbündler nahmen an dieser Aktion teil. Einem lungenkranken Kollegen, welcher von der Landesversicherungsanstalt einer Lungenheilstätte überwiesen wurde, beschied Herr Hirschfeld einen Teil seines Lohnes wegen „Kontraktbruches“ inne, weil der betreffende Kollege infolge

seiner Krankheit die vereinbarte Kündigung nicht einhalten konnte. Das Tarifschiedsgericht verurteilte selbstverständlich Hirschfeld einstimmig zur Herauszahlung des innebehaltenen Lohnes. Bei Bries erblühten die Gehilfen in der Kündigung des Vertrauensmannes der Maschinenseher, welcher über vier Jahre bei Bries tätig war, eine Maßregelung, weshalb die übrigen Maschinenseher geschlossen ihre Kündigung einreichten. Dem als Einigungsamt von der Firma angerufenen Tarifschiedsgericht gelang es nach mehrstündigem Verhandeln, beide Teile zu bewegen, die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen, wodurch der Friede wieder hergestellt wurde. Bei Hallberg & Wüchting mußte der Drucker Brüchner entlassen werden, weil dieser aus der tarifunreuen Firma Richard Schmidt (vorm. Schmidt & Baumann) kam. Ebenso wurde bei der Firma Klinkhardt der Seher Gaas nicht weiter als Seher beschäftigt, weil derselbe vorher in der Druckerei Karl Marquart (nicht tariffrei) konditionierte. Der bei Aufstellung von Kandidaten zur Wahl des Gauvorstandes empfangen Kollege Höfer an Stelle des bisherigen ersten Vorstehenden Engelbrecht einen anderen Kandidaten, und zwar den Kollegen Tanneberger, aufzustellen. Kollege Tanneberger lehnte dankend ab mit dem Bemerkten, daß er mit der Geschäftsführung Engelbrechts einverstanden sei. Ferner fühle er sich in seiner jetzigen Position ganz wohl und habe keine Ursache, seine Stellung mit der des ersten Vorstehenden zu vertauschen. Er würde nur seine Gesundheit noch mehr schädigen, wenn er den täglichen Aufregungen usw., welche der Gauvorsteherposten hier mit sich bringe, ausgesetzt sei. Die auf wiederholtes Verlangen des Kollegen Engelbrecht von Höfer gegebene nähere Begründung seines Antrags gab Veranlassung zu einer längeren Debatte, welche das Resultat zeitigte, daß Engelbrecht einstimmig, mit Ausnahme der Stimme des Kollegen Höfer, als Vorstehender wieder aufgestellt wurde. Kollege Dreßler appellierte im Anschluß an die Kandidatenaufstellung an das Unstandsgedühl der Kollegen, die Wahl zu einer wirklich freien zu gestalten, damit nicht wieder Erscheinungen zutage treten wie bei früheren Wahlen, bei denen die Parole ausgegeben worden sei, eine Anzahl Kollegen streite zu streichen. Kollege Urndt erstattete hierauf einen interessanten Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartikels und enterte hierfür lebhaftesten Beifall. In der sich anschließenden Debatte bemängelte Kollege Gustav Krüger neben der zu schwachen Beteiligung in der Genossenschaftsfrage die ungenügende Verbreitung des Berichtes des hiesigen Arbeitersekretariates. Als Delegierte ins Gewerkschaftsartikell wurden die Kollegen Paul Naumann, Pfeifferbarth, Urndt und Dohrenz gewählt, zu Stellvertretern die Kollegen Gollammer und Schulz. Die Arbeitslosen und Invaliden, welche am Stützungsstelle teilnehmen, erhielten einen Betrag von drei Mark bewilligt.

Leipzig. (Fortsetzung.) In der am 20. Februar abgehaltenen Versammlung richtete der Vorstehende an die Erschienenen einen Appell, auch im neuen Vereinsjahr ihr Interesse an der Organisation nicht erlassen zu lassen, und bat, den Vorstand in der Agitation zu unterstützen, besonders da, wo persönliche Beziehungen zu uns noch fernstehenden Kollegen gegeben sind; denn persönliche Agitation sei immer besser als schriftliche. Ferner wurde ein Kandidat zum Gauvorstand aufgestellt, der von der am 21. Februar abgehaltenen Gauversammlung ebenfalls akzeptiert wurde. Eine sehr rege Debatte löste die Vorberatung der von der Kommission der Leipziger Spartenvertreter ausgearbeiteten Anträge zur Generalversammlung des Verbandes aus; dieselben wurden zum Schluß einstimmig gutgeheißen.

Ludwigschafen a. Rh. (Jahresbericht.) Das abgelaufene Vereinsjahr war ein ruhiges. Der neue Tarif gelangte im hiesigen Bezirk in allen Druckereien glatt zur Einführung mit Ausnahme der Firma Sommer in Grünfabrik, die ja durch ihre Tarifbindung rühmlichst bekannt ist und auch schon des öfters an dieser Stelle Erwähnung fand. An Versuchen unsererseits, dem Tarife in dieser Druckerei Eingang zu verschaffen, hat es nicht gefehlt, jedoch bis jetzt ohne Erfolg, wobei die Schuld nicht zum letzten den dort stehenden Besitzern beizumessen ist. Der Bezirk umfaßt sechs Druckorte. In diesen sind 22 Druckereien vorhanden, in denen 175 Gehilfen beschäftigt werden, wovon 149 unserer Organisation angehören. Die verbleibenden 26 Gehilfen gehören keiner Organisation an. Die Marke Gutenbergbund ist hier unbekannt. Ferien gewähren acht Druckereien in Ludwigschafen und Frankenthal mit 74 Gehilfen von drei bis zwölf Tagen. Der Mitgliedsbestand ist gegen das Vorjahr gleich geblieben. Auf der Jahrsjahrsbezirksversammlung hielt Gauvorsteher Fuhs einen Vortrag über den Organisationsvertrag. Der Gesamtvorstand wurde auf der Jahresgeneralversammlung einstimmig wiedergewählt. Auf der Generalversammlung wurden entsprechende Anträge zum Goutag in Kaiserslautern sowie zur Generalversammlung in Köln angenommen. Aus dem Ortsvereine Ludwigschafen sei noch erwähnt: Die Vereinsfähigkeit war im verfloffenen Jahre eine rege. Die Versammlungen wurden durch Vorträge interessanter gestaltet. Die Thematata waren Invaliden, Kranken- und Unfallversicherung. Auch verschiedene Festlichkeiten wurden abgehalten. Der Verein konnte im verfloffenen Jahre auf sein 35jähriges Bestehen zurückblicken, und wurde diese Feier in Verbindung mit dem Johannisfest im großen Rahmen begangen, wozu eine große Anzahl Kollegen aus dem Bezirk erschienen war. Die Festrede hielt Gauvorsteher Fuhs. Die Johannisfestbuchausstellung war gut besucht. Der hierbei vom Kollegen Steffen über die ausgelegten Arbeiten gehaltene Vortrag machte

die Zuhörer auf die Mängel und Vorzüge aufmerksam und wird wohl für die Weiterbildung der Kollegen seinen Zweck erfüllt haben. Das Verhältnis zum Gewerkschaftsartikell ist ein gutes, und nimmt unsere Organisation an allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten am Orte regen Anteil. Zum Schluß sei noch unser Gesangsabteilung gebacht, welche stets bestrebt ist, unsere Festlichkeiten zu verschönern, und wollen wir hoffen, daß der im neuen Jahr eingesezte bessere Besuch der Singstunden anhalten möge.

Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Am 24. Februar hielt der Maschinenmeisterklub Mainz seine jährliche Generalversammlung ab. Den Jahresbericht des Vorstandes erstattete Kollege Wente. Das verfloffene Geschäftsjahr stand im Zeichen des neuen Tarifes und ging die Einführung der Sonderbestimmungen für Drucker und Maschinenmeister gut vorstatten, von einigen Differenzen abgesehen, zu deren Schlichtung das Tarifamt angerufen werden mußte. Der Mitgliederbestand ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, was auf die Abreise mehrerer Kollegen sowie auf das Eingehen einer Druckerei zurückzuführen ist. Gegenwärtiger Stand: 51 Mitglieder. Wie allerorts, so läßt auch hier der Versammlungsbefuch zu wünschen übrig. Möge das laufende Jahr in dieser Beziehung eine Besserung bringen. Es läge dies nur im eignen Interesse der Kollegen. Den finanziellen Teil des Jahresberichtes brachte Kollege Wehrfriz zu Gehör. Der Vermögensstand beträgt 90,57 Mk.; gegen das Vorjahr ein geringes weniger, was durch größte Ausgaben für Delegationen, Fahrgelebensschädigungen usw. seine Erklärung findet. Für seine gemäßigste Kassenführung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei dem Punkte: „Neuwahl des Vorstandes“, wurde der alte Vorstand mit Ausnahme des zweiten Vorstehenden und des Beisitzers wiedergewählt. (Vorstehender Hugo Wente, Kassierer Leonh. Wehrfriz.) Unter „Verhältnissen“ fanden noch einige Angelegenheiten lokaler Natur ihre Erledigung. — Am 12. Februar hielt Kollege Sievers von der Maschinenfabrik Rodstroß & Schneider einen interessanten Vortrag über: „Die moderne Drucktechnik an Zigarettenpressen“, unter besonderer Berücksichtigung des Prägedruckes. Die Ausführungen des Referenten sowie die ausgelegten und uns frei zur Verfügung gestellten Druckmuster fanden den ungeteilten Beifall der gutbesuchten Versammlung, zu welcher sich auch einige Seherkollegen eingefunden hatten. Es sei uns gestattet, der Firma Rodstroß & Schneider für ihr freundliches Entgegenkommen sowie Herrn Sievers für seinen belehrenden Vortrag an dieser Stelle bestens zu danken.

L. Hossen i. S. Am 23. Februar hatten sich hier die Kollegen der umliegenden kleineren Orte zu einer Bezirksversammlung in Mays Gasthofe zusammengefunden. Kurz vor 11 Uhr vormittags eröffnete Kollege Wöhe (Hossen) dieselbe und hieß die Anwesenden in der schönen Außenstadt willkommen. Nach Beendigung der Präsenzliste, welche die Anwesenheit von 23 Kollegen aus den Orten Hossen, Deutschdora, Siebenlehn, Wilsdruff, Roswein, Lommahsch, Otschag, Mägeln b. Otschag und Großhain sowie einem Nichtmitgliede ergab, erteilte derselbe unserm Gauverwalter Steinbrück das Wort zu seinem Referate über den heutigen Stand der Tarifgemeinschaft unter Berücksichtigung des Organisationsvertrages. Nachdem der Referent eingangs allgemein die bestehenden tariflichen Verhältnisse erörtert hatte, behandelte er ausführlich die Gründe, welche zur Wänderung des § 4 des Organisationsvertrages geführt hatten. Weiter kam er dann auf die Segner der früheren Fassung des angezogenen § 4 zu sprechen: aus dem Gehilfenlager der Gutenbergbund und aus dem der Prinzipale der Arbeitgeverbund resp. die Verbände der Großindustriellen, deren Denkschriften er ausführlich besprach. Nach einer einbringlichen Mahnung an die anwesenden Kollegen, sich ja nicht von unsrer bis jetzt bewährten Taktik abbringen zu lassen, schloß der Vortragende seine bis zum Schluß sehr interessanten Ausführungen. Die Versammlung dankte dem Referenten durch Erheben von den Plätzen. Nach einer kurzen Pause wurde die Diskussion eröffnet. In derselben wurden hauptsächlich die Zustände in den einzelnen Druckereien der angezogenen Orte besprochen, etwaige Mißstände aufgedeckt und auf deren Abstellung gedrungen, wobei namentlich Kollege Steinbrück tatkräftig mitzuarbeiten versprach. Nach einem kurzen Schlufwort des Referenten schloß Kollege Wöhe (Hossen) die anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf unsern Verband. — Nach gemeinschaftlich eingenommenem Mittagmahle trat die Fidelitas in ihre Rechte, woran sich dann noch ein Streifzug durch die Stadt schloß, bis der heranrückende Abend die auswärtigen Kollegen an ihre Heimreise maagte. Den hier anwesenden Kollegen konnte man so recht deutlich anmerken, wie nötig derartige Versammlungen sind, damit die in kleineren Orten konditionierenden Kollegen nicht ganz die Fühlung untereinander verlieren.

Hn. Offenbach a. M. (Generalversammlung.) Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen erstattete unser Vorstehender Pippner seinen Jahresbericht. Aus demselben war zu ersehen, daß die Arbeit eine sehr umfangreiche gewesen ist. Bedauerlicherweise mußte auch hier festgestellt werden, daß ein großer Teil unsrer Mitglieder es nicht für notwendig hält, an allen unsern Verband interessierenden Angelegenheiten regen Anteil zu nehmen. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall und wurde die arbeitsreiche Tätigkeit des Vorstandes allseitig anerkannt. Betreffs der Bibliothek sei mitgeteilt, daß dieselbe nunmehr der Zentralbibliothek der hiesigen Gewerkschaften einverleibt ist. Der vom Kollegen Stein erstattete Kassenbericht kann als sehr erfreulich bezeichnet

werden. Laut Bericht der Revisoren ist alles in bester Ordnung befunden worden und erfolgte daher Dechargeerteilung. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen Wipper als Vorsitzender und Stein als Kassierer wiedergewählt. Weiter wurde beschlossen, den hiesigen Viehkollegen zu den Kosten ihrer diesjährigen Tarifabmachungen 50 Mk. zu bewilligen. Eine lebhaftige Debatte rief die Auffstellung eines Generalversammlungsvertreter hervor und wurde beschlossen, vom Offenbacher Bezirke unsern Vorsitzenden Wipper vorzuschlagen. Außerdem wurden die Kollegen Weber (Marburg), C. Dominé, Borten und Dornis (Frankfurt) als Kandidaten aufgestellt. Die Beratung der Urträge mußte nochmals bis zum 20. Februar vertagt werden und schloß der Vorsitzende die von ungefähr 80 Kollegen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf unsern Verband.

r. Blaueu i. B. Die am 22. Februar im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene, ziemlich gut besuchte Monatsversammlung stand unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Otto Walter. Derselbe begrüßte die Erschienenen und dankte nochmals für das in ihn gesetzte Vertrauen, gleichzeitig bittend, daß auch die Mitgliedschaft ihn in seinem Amt unterstützen möge. Nach Erledigung zweier Vorfälle wurde die Einladung des Hofer Ortsvereins, gemeinschaftlich das Johannistfest mit den oberfränkischen Kollegen zu feiern, abgelehnt. Bestimmend hierzu waren die Umständen und Kosten, die einem Ortsverein in der Größe wie Blaueu durch Veranstaltung eines derartigen Johannistfestes erwachsen würden, und weiter auch, daß dadurch eine große Anzahl Kollegen, vor allem die Verheirateten, aus familiären Gründen von der Teilnahme ausgeschlossen sind. In der folgenden Aussprache über den Gesangverein Gutenberg wurde den Kollegen ans Herz gelegt, denselben besser als bisher aktiv zu unterstützen; hauptsächlich ging das Ergehen an die Kollegen, welche unsern Kollegenvereine noch fernstehen und lieber in andern Gesangvereinen mitwirken. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit Urträgen zur Verbandsgeneralversammlung in Köln. Hierzu lag der bekannte Antrag der Maschinenmeister, ein gleichlautender ebenfalls von den Maschinenmeistern vor, den Zentralvorstand, die Gau-, Bezirks- und Ortsvereinsvorstände durch Angehörige aller Sparten zu erweitern. In der Debatte wurde der Antrag von den Spartenangehörigen zur Annahme warm empfohlen, andrerseits aber betont, daß der erste Punkt wohl seine Begründung habe, dagegen es gar nicht zu den Aufgaben der Generalversammlung gehöre, den Gauen, Bezirken und Ortsvereinen vorzuschreiben, wie sie ihre Verwaltungsposten besetzen wollen. Der Antrag fand schließlich doch mit 33 gegen 8 Stimmen Annahme. Ein Vorkommis in der Druckerei Neupert, mit dem sich die Versammlung ebenfalls beschäftigt hat, und einem Kollegen, der im Nebenberufe noch der Tätigkeit als „Schiffsteiler“ oblag, eine dreifache Strafe einzutragen, soll auch in den Spalten des „Korr.“ registriert werden, da dieser Vorfall nicht ohne allgemeines Interesse sein dürfte. Der betreffende Kollege hatte sich einen Druckabzug angeeignet und den Inhalt desselben für eine hiesige Zeitung verwertet. Der Sachverhalt war folgender: Der Inhaber einer hiesigen Buchdruckerei war Mitte Januar d. J. vom Stadtrat beauftragt worden, eine Petition, die an den Landtag und andre Behörden gerichtet werden sollte und den Bau einer Eisenbahn von Blaueu nach Theuma betraf, im Drucke herzustellen. Einer der in der Druckerei beschäftigten Geher hatte von dem Inhalte der Petition Kenntnis erhalten, und um einen Auszug davon für eine hiesige Zeitung anzufertigen, verschaffte er sich einen Abzug der Petition. Noch am gleichen Tage, als die gedruckte Petition beim Stadtrat abgeliefert wurde, erschien der von dem Schriftfeger verfaßte Auszug in der betreffenden Zeitung. Da der Inhalt der Petition zunächst geheim gehalten werden sollte, wurden vom Stadtrat Nachforschungen angestellt, um den Urheber der Notiz zu ermitteln. Es wurde festgestellt, daß jener Schriftfeger die Notiz verfaßt hatte. Die erste Strafe war die sofortige Entlassung. Die frühzeitige Veröffentlichung dieser Petition, die den Stadtverordneten noch nicht zur Begutachtung vorgelegt worden war, hat natürlich beim Stadtbürgerhaupthoch verschmupft, und so wurde Strafaktion wegen Unterschlagung gestellt. Das Gericht verurteilte den betreffenden Kollegen wegen dieses Deliktes zu der Geldstrafe von fünf Mk. und Ertragung der Kosten. Die dritte Strafe besteht noch darin, daß demselben vom Zentralvorstand wegen grober Selbstverschuldung der Konditionslosigkeit die Unterstützung entzogen wurde. Also möge dieser Vorfall zur Warnung dienen! Wenn auch gesagt werden muß, daß der Kollege dem Ansehen des Verbandesprinzips durch sein Handeln keineswegs gebiert hat, so ist es doch immerhin verwunderlich, warum der Zentralvorstand so schnell mit der Entziehung der Unterstützung bei der Hand war, zumal vom Blaueuer Ortsverein ein diesbezüglicher Antrag gar nicht gestellt worden ist.

Saarbrücken. Der Bezirk Saarbrücken hielt am 23. Februar im Gewerkschaftshause „Liwol“ in St. Johann seine Frühjahrsbetriebsversammlung ab. Anwesend waren etwa 160 Kollegen, und zwar von Saarbrücken, St. Johann, Neunkirchen, St. Wendel, Wölklingen, Saarlouis, Dillingen, Sulzbach, Oberstein, St. Ingbert-Nar und Friedrichsthal. Der Besuch ließ besonders vom Vorort zu wünschen übrig, fehlten doch sogar zwei Vorstandsmitglieder. Der Gesangverein Gutenberg trug zur Begrüßung den Chor: „Mein Hoch gilt heute dem Verband“ vor. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden ist zu erwähnen, daß trotz der Mächenschaften der Tisse und Konjunktur der Tarif im allgemeinen glatt zur Durch-

führung gelangt ist. Die Hansabruderei in St. Johann, welche es, bauend auf Tisseche Versprechungen, auf einen Konflikt ankommen ließ, mußte ihren Kunsttempel sang- und klanglos verkaufen, und ist dieselbe unter ihrem neuen Besitzer tariffrei. Doch es bei den andern Tarifignoranten Spieß (Malstatt) und Hansen (Saarlouis) noch nicht zur Anerkennung des Tarifes gekommen ist, liegt einzig und allein an der Interesslosigkeit der dort beschäftigten Kollegen. Der Kassierbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. In den vom Vorort in Vorschlag gebrachten Vorstand wurden die Kollegen Gutendorf als Vorsitzender und Wolf als Kassierer gewählt. Wetteffs Wahl des geschäftsführenden Vorstandes wurde ein Antrag angenommen, wonach die Wahl in Zukunft folgendermaßen vor sich geht: Die Kandidaten werden vom Vorort in seiner Generalversammlung vorgeschlagen und erfolgt dann die Wahl in der Frühjahrsbetriebsversammlung. Ein Antrag, vor jeder Bezirksversammlung eine Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden abzuhalten, wurde angenommen. Die Unterstützung für nichtbezugsberechtigte und ausgesteuerte Kollegen wurde von 50 Pf. auf 2 Mk. erhöht. Dem Maschinenmeistervereine wurde zur Begründung einer Bibliothek 20 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt. Zum Goutage wurden zwei Urträge gestellt, welche lauten: 1. „Die Delegierten des Gaus Mittelrhein zur Generalversammlung des Verbandes werden beauftragt, für eine Erhöhung der Ortsunterstützung bei gleichzeitigem Fortfalle der Gauzuschüsse einzutreten.“ 2. „Der Goutage wolle beschließen, daß in der Zeit von einem Goutage zum andern mindestens eine Bezirksvorsteherkonferenz stattfindet.“ Beschlossen wurde, zur Verbandsgeneralversammlung folgende Urträge zu stellen: 1. „In den Bestimmungen über die Umzugskosten in Abschnitt C Absatz 5 die Worte ‚freiwillig umziehende‘ zu streichen.“ 2. „§ 1 Absatz 2 Seite 8 der Vorstandsbeschlüsse ist dahin abzuändern, daß die Unterstütsungssätze von 1,25 Mk. auf mindestens 1,75 Mk. und von 1,50 Mk. auf 2 Mk. erhöht werden, unter gleichzeitiger Aufhebung der Gauzuschüsse.“ Zum Goutage wählt der hiesige Bezirk sechs Delegierte und wurden hierfür sechzehn Kollegen als Kandidaten in Vorschlag gebracht, die Wahl erfolgt per Urabstimmung. Als Ort für die Herbstbezirksversammlung wurde Neunkirchen gewählt. Unter „Mitteilungen“ wurde beschlossen, den Kommtar zum Tarife gemeinschaftlich zu bestellen. Der Vorsitzende schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung.

W. Straßburg. Am 23. Februar wurde eine Bezirksversammlung in Greifswald (Restaurant „Zum Kröppchen“) abgehalten. Der Vorsitzende Miethe eröffnete die gutbesuchte Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen, welche Kollege Karbow (Greifswald) im Namen des Ortsvereins willkommen hieß. Erschienen waren aus Straßburg 16, Greifswald 36 und 1 Juralibe, Witten 11, Putbus 4, Swinemünde 12, Warty 7, Wismar 2 Kollegen. Zur Tagesordnung waren folgende Urträge eingegangen: 1. Antrag Swinemünde: Der Ortsverein Swinemünde beantragt: „Der Bezirksrat wolle beschließen: In Swinemünde ist eine Wälderstelle zu errichten. Die Formalitäten regeln die in Frage kommenden Instanzen unter sich.“ Da der Bezirksrat zur Beschlussfassung hierüber sich nicht für zuständig erklärte, wird der Antrag dem Gauvorstand übermitteln. 2. Antrag Swinemünde: „Es sind im Jahre zwei Bezirkstage abzuhalten. Die Berichte der Vertrauensleute sind in mündlicher Form vorzutragen.“ Der Antrag wird abgelehnt. 3. Antrag Swinemünde für den Goutage: „Der „Korr.“ ist in Obergau obligatorisch einzuführen, jedes Mitglied erhält ein Exemplar.“ Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt und sollen die Ortsvereine weiter die Kosten des Obligatoriums tragen. 4. Antrag Swinemünde für den Goutage: „Der Gauvorstand wird ersucht, ein „Kleines Matheer“ (laut Vorlage eines solchen des Gaus Frankfurt-Hessen) unter Berücksichtigung der neuesten Daten unser Tariffgemeinschaft, Arbeitergesetzgebung und speziell den Obergauverhältnissen angepaßt zu bearbeiten und herauszugeben.“ Es wurde dies allgemein als Bedürfnis empfunden und der Antrag als Bezirksantrag zum Goutage erhoben. 5. Antrag Swinemünde für die Generalversammlung: „Die Gauzuschüsse sind auf die Verbandskasse zu übernehmen. Die Gaubeiträge werden, soweit dieselben sich auf die Unterstützungen beziehen, an die Verbandskasse abgeführt bzw. der Verbandsbeitrag wird um die Höhe der Gaubeiträge erhöht, die letztern aufgehoben.“ Da die Versammlung der Ansicht war, daß in Großstädten die Unterstützung eine höhere sein müsse, die betreffenden Gaus also doch wieder gezwungen sein würden, einen Gauzuschuß zu zahlen, wurde dieser Antrag abgelehnt. 6. Antrag Anklam für die Generalversammlung: „Die Konferenz zum Bezuge der Juralibenunterstützung ist herabzusetzen.“ Dieser Antrag ward angenommen. Es soll unser Delegierter ersucht werden, für den in dieser Beziehung günstigsten Antrag auf der Generalversammlung zu stimmen. 7. Antrag Anklam: „In diesem Jahre zur Förderung der Kollegialität ein Bezirksjohannistfest abzuhalten.“ Der Antrag wurde angenommen und als Ort Anklam gewählt. 8. Antrag Greifswald: „Der Bezirk wolle der Generalversammlung in Köln folgenden Antrag zur Beschlussfassung unterbreiten: c) Umzugskosten. Der Nachtrag ist in derselben Fassung beizubehalten, jedoch sind die Worte ‚freiwillig umziehende‘ zu streichen.“ Nach eingehender Begründung wurde der Antrag angenommen. 9. Antrag Straßburg: „Dem seit der letzten Tarifbewegung in Straßburg noch nicht untergebrachten alten Kollegen Witschenstein, dessen Gewapregelunterstützung abgelaufen ist, bis zu seiner Unterbringung vier Mk. wöchentlich aus der Bezirks-

kasse zu zahlen.“ Der Antrag wurde angenommen. Damit waren sämtliche Urträge erledigt. Als Delegierte zum Goutage werden folgende Kollegen vorgeschlagen: Lemde (Anklam), Miethe (Straßburg), Karbow (Greifswald), Kötke (Putbus), Deutell (Greifswald), Schüller (Swinemünde). Als Tagungsort für die nächste Versammlung wurde Straßburg gewählt.

-z- Wiesbaden. (Generalversammlung des Ortsvereins.) Acht Tagesordnungspunkte, worunter die wichtigsten die Beratung der an die Gau- und Generalversammlung zu stellenden Urträge bildeten, standen am 21. Februar zur Erledigung, und beendete es hierzu vier Stunden. Die Anschaffung des soeben erschienenen Tarifkommentars wurde von Kollegen Bachert den Kollegen aus wärmste empfohlen und den Vertrauensleuten Auftrag erteilt, in ihren Offizinen zu diesem Zwecke Zirkulare zur Verteilung zu bringen. Ferner gab der Vorsitzende Kenntnis von einer erfolgten Einladung des Bezirksvereins Speier zu dessen 40-jähriger Jubelfeier. Der vom Kollegen Vertina erstattete Kasernenbericht pro viertes Quartal wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Revisoren werden in Zukunft alle fälligen Zahler, wenn bis zur nächsten Revision nicht Besserung eingetreten ist, öffentlich bekanntgeben. Da unsere Bibliothek im vergangenen Jahre der Gewerkschaftsbibliothek einverleibt wurde, soll das Augenmerk mehr auf berufliche bzw. Fachliteratur gerichtet werden und wurden daher unsere beiden Bibliothekare wiedergewählt, denen nun auch die Funktion als Archivar zufällt. An den Goutage werden wir mit folgenden Urträgen gelangen: 1. „Abtrennung der Orte Hochheim und Ems vom Bezirke Wiesbaden.“ Gehtes, weil es näher an den Bezirk Mainz, also eher da zuzuteilen sei, und letzteres äußerte den Wunsch, sich dem etwa nun zu gründenden Bezirke Koblenz anzuschließen. 2. „Der Goutage wolle beschließen, eine Erhöhung der Konditionslosenunterstützung am Orte einzutreten zu lassen.“ Im Falle der Ablehnung dieses Antrags 3. „Der Goutage möge beschließen, die Delegierten des Gaus Mittelrhein zur Generalversammlung zu beauftragen, für eine Erhöhung der Krankenunterstützung sowie derjenigen der Konditionslosen einzutreten.“ 4. „Der Ortsverein Wiesbaden spricht sich trotz erhöhter Leistung gegen eine Beitragserhöhung aus; wenn eine solche jedoch eintreten muß, dann ist Voraussetzung, daß das „Korr.“ Obligatorium, eine Erhöhung der Konditionslosen- und Krankenunterstützung eingeführt wird.“ 5. „Als Kandidaten zur Generalversammlung schlägt der Bezirk Wiesbaden seinen Vorsitzenden Bachert vor.“ Zur Generalversammlung stellt der Bezirk folgende Urträge: Zum Verbandstatut § 3: „und freiwillig Umziehende“ ist zu streichen. Zu den Beschlüssen: b) Ortsunterstützung. Zu § 1 Abs. 2 hinter bis zu 30 Wochen (210 Tage) einzuführen: „pro Tag 1,75 Mk. und bei 760 Wochenbeiträgen bis zu 40 Wochen (280 Tagen) 1,75 Mk.-pro Tag.“ c) Umzugskosten. Absatz 5 die Worte: „freiwillig umziehende“ sind zu streichen. d) Vorübergehend Arbeitsunfähige. § 1 Abs. 1 letzte Zeile dahin abzuändern: „von täglich 1,60 Mk.“ e) Juralibenunterstützung. „Der bisherige § 1 Abs. 1 bis 3 ist zu streichen und dafür zu setzen: § 1. Das Recht auf vorgenannte Unterstützung wird erworben: 1. Wer 250 Wochenbeiträge gesteuert hat, erhält pro Tag 1 Mk. 2. Wer 500 Wochenbeiträge gesteuert hat, erhält pro Tag 1,25 Mk. 3. Wer 700 Wochenbeiträge gesteuert hat, erhält pro Tag 1,50 Mk. § 7 ist zu streichen und dafür zu setzen: § 7. „Sobald ein Juralibe aus anderer Beschäftigung einen nachweisbaren Verdienst oder Gehalt in Höhe des ortsbüchlichen tariflichen Minimums hat, fällt die Unterstützung fort.“ Denselben Paragraphen Abs. 2 vierte Zeile dahin abzuändern: „und 13 Wochenbeiträge, um Ortsunterstützung beziehen zu können.“ Hierauf wurden die Delegierten und Stellvertreter zum Goutage aufgestellt, deren Wahl jedoch per Urabstimmung stattfindet. Die weiteren Angelegenheiten waren interner Natur.

Wn. Würzburg. In der am 22. Februar abgehaltenen und von rund 150 Kollegen besuchten Versammlung erstattete unser Vorsitzender zunächst einen sehr ausführlichen Bericht über die bayerische Ortsvorsteherkonferenz in München. Eine Wiedergabe der Ausführungen erübrigt sich, da schon in einem früheren Artikel darüber berichtet. Ohne Debatte erklärten die Kollegen ihre Zustimmung zu der dort geleisteten Arbeit. Den weitest größten Raum nahmen die eingehenden Urträge zur Generalversammlung ein. Der erste war der auf Einführung des Obligatoriums für den „Korr.“, welcher aber mit erdrückender Mehrheit abgelehnt wurde. Während der Antragsteller den Standpunkt vertat, daß neben agitatorischen Gründen aus der von Jahr zu Jahr erwachenden Abonnentenzahl das Bedürfnis, jeden Kollegen den „Korr.“ zuzustellen, unbedingt vorhanden sei, erklärten die Gegner, daß der Abonnentenpreis ein so geringer, daß jeder, der Interesse an unsern Organen habe, dieses auch aus eigenen Mitteln befretten könne. Die große Leserschaft bewies, daß wir auch ohne Obligatorium ganz gut auskommen und den Verbandsfäden nicht dauernd zu belasten brauchten. In eingehender Weise wurden hierauf die Urträge der Zentralkommissionen der Spartenvereinigungen begründet. Der Referent hierüber führte aus: Es sei zurzeit kein ungefährliches Beginnen, sich offen als Verteidiger der Sparten zu betonen, ohne dem Vorwurfe eines Verbandschlingens und schlummeren zu begegnen; was ja die letzte Bekanntmachung des Zentralvorstandes beweise, wo altbewährten Kollegen unlautere Motive unterworfen werden. Demgegenüber wolle er aber feststellen, daß sie nur ehlich betreibt seien, für ihre Kollegen bessere

Verhältnisse zu schaffen; die etwa gehegte Befürchtung, einen Verband im Verbände zu gründen, entbehre jeder Unterlage; sie verlangten nur entsprechend ihrer Stärke auch überall beigezogen zu werden. Der Verbandsvorstand müsse unbedingt entsprechend dem Wachstum des Verbandes um einige Personen erweitert werden, denn von den sieben Mitgliedern seien vier reine Verwaltungsbearbeiter, und sei es ein Gebot der Billigkeit, daß überall die Spartenvertreter beigezogen würden; daselbe gelte auch für die Gau- und Ortsvereinsvorstände. Die verschiedenen Fehler, die bis jetzt gemacht worden sind, wären dann nicht vorgekommen. Zwar seien ja auch jetzt schon die Sparten vertreten; diese habe man aber nicht gemäß als eigentliche Spartenvertreter, sondern als alte Verbandsmitglieder. Die heutige Zeit verlange aber, daß man auch Berufsangehörige, die mit all den vielen Neuerungen und Fortschritten der Technik vertraut sind, in die Vorstände wähle. Dieses statutarisch festzulegen, sei unbedingt erforderlich, denn es könne leicht vorkommen, daß in Berlin infolge des großen Übergewichtes der Nichtspartenangehörigen die Zentralkommissionen außer im Zentralvorstand auf der Generalversammlung nicht vertreten wären, und denselben dadurch, wie es in neuerer Zeit geschah, jede Möglichkeit genommen sei, sich gegen erhobene Klagen zu verteidigen. Über das Berechtigungsdaß der Sparten bestimme wohl kein Zweifel, insbesondere habe dies die Zentralkommission der Drucker bewiesen und schon viele Verdienste sich erworben. Jahrelang hätten die Drucker unter schwerer Konditionslosigkeit zu leiden gehabt, ohne daß der Zentralvorstand auf Mittel und Wege gefunden hätte abzustellen. Erst durch das Eingreifen der Zentralkommission sei hier Wandel geschaffen. Der gegenwärtig, namentlich unter den Druckern bestehende Unwille sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß auch die letztmalige Tarifrevision die Beihilfskassa der Drucker nicht die der Sezer gleichgestellt habe. Weiter die Ausnahmebestimmung für Drucker, bei schwierigen Arbeiten die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, was die Prinzipale, und namentlich tonangebende, wirklich für sich ausgenutzt mit der Motivierung, bei ihnen kämen nur schwierigere Arbeiten vor. Ferner der neuere Entschluß des Tarifausschusses, wonach neben einer Apparatmaschine eine weitere solche bebient werden müßte. Hier hätte der Tarifausschuß und der Zentralvorstand niemals seine Zustimmung geben dürfen und der Drohung der Prinzipale, aus der Tarifgemeinschaft auszutreten, die Gegenmaßnahmen der Gehilfen entgegenzusetzen müssen. Dies letztere müßte wäre auch die Ursache gewesen, warum die Maschinenmeister hier zusammengekommen, um im trauten Kreis ihre Angelegenheit zu beraten; nicht als Verbandsmitglieder, sondern Förderer hätten sie gewirkt. Ihm trat der Vorsitzende entgegen, ausführend, daß das, was die Sparten hier beantragten, zum Teile schon jetzt gang und läge sei. So seien im Zentralvorstande drei Spartenvertreter, ebenso seien in den meisten Gau- und Ortsvereinsvorständen dieselben. Der Zentralvorstand selbst werde zur nächsten Generalversammlung einen Antrag auf Erhöhung der Beihilferzahl stellen. Das Wirken der Zentralkommissionen sei anzuerkennen, aber nicht übersehen dürfen werden, daß die Bestrebungen jederseits vom Zentralvorstand gefördert wurden. Der gegenwärtig ausgebrochene Streit sei zu bebauern, aber einen großen Teil seien die Spartenvertreter selbst schuld daran, indem sie den Streit künstlich schürten, und bezeichnend sei es, daß hervorragende Mitgliedschaften den Zentralkommissionen die Gefolgschaft verweigerten und die betreffenden Anträge glatt unter den Tisch fallen ließen. Bei den Tarifberatungen hätten die Drucker am besten abgemittelt, und es wäre nicht Schuld der Gehilfenvertreter und des Verbandsvorstandes, wenn die Maschinenmeister die Vorteile nicht entsprechend ausnützten. Entschieden zu weit gingen aber die Sparten, wenn sie in ihren Versammlungen Kritik an der Tätigkeit des Zentralvorstandes wie Tarifausschusses übten, dies Recht stände nur den Verbandsversammlungen zu. Wenn er trotzdem die Anträge zur Annahme empföhle, so aus dem Grunde, da durch eine gründliche Aussprache die Sache am besten beigelegt würde. In der weiteren Diskussion vermahnte sich ein Kollege noch dagegen, daß hier den Sparten eine besondere Begünstigung eingeräumt werden sollte; wenn sie als ihre Vertreter tüchtige und bewährte Kollegen hätten, würden dieselben auch jederzeit gewählt. Durch die vorgeschlagenen Anträge würden aber die Spartenmitglieder doppeltes Wahlrecht haben, sie würden zuerst den Verbands- und dann den Spartenvertreter wählen. Noch eine geraume Zeit plätscherte der Redestrom weiter (insbesondere über die „Geheimkonferenz“ der Maschinenmeister, die ein Besuch derselben selbst als „ein ungeheures und bedauerliches Vorwissen“ bezeichnete), und dann wurden die einzelnen Anträge mit mehr oder weniger Mehrheit sämtlich angenommen.

Rundschau.

Die Flucht aus der Öffentlichkeit ergreift jetzt der Gutenbergsbund bei seiner Agitation. Herr Felder erließ nämlich unter dem Namen des händlerischen Vorsitzenden Krämer in Köln Einladungen zu einer „Besprechung“ über die „Fragen: „In welche Organisation gehört der christliche Buchdrucker? und: Sind meine Ideen stichhaltig, dem Gutenbergsbund nicht beizutreten?“ Ein besonderer Vermerk besagt noch: „Nur von uns eingeladenen haben Zutritt.“ Also der rheinische Bundesgeneral gibt es auf, in offener Feldschlacht seine „durchschlagenden“ Argumente für den Bund ins Treffen zu

führen, was wir ihm nach seinen vielen Wessuren im Kampfe mit den bösen Verbändlern wohl nachfühlen. Mit seinen vor kurzem im „Korr.“ unter die Lupe genommenen Flugblättern stimmt dieser Kleinmut allerdings schlecht überein, noch weniger aber mit den von Hoffäh in einer bekannten Versammlung gesprochenen selbstbewußten Worten: „Je mehr Kampf, je mehr Sieg! Denn der ehrliche Kampf mit dem Gegner, Auge in Auge usw.“ Was aber für Felder noch schlimmer, ist der begleitende Speech in seinem, parodien dem Zirkulare des Jakobus Krämer. Er spricht da von der „leidigen Menschenfurcht“, die vermeintlich viele christliche Buchdrucker abhält, ihrer innen überzeugung Ausdruck zu geben. Es ist unmännlich, wenn man der christlichen Weltanschauung, die man im stillen Kämmerlein propagiert (ein netter Unsin. Red.) in der Öffentlichkeit nicht zum Siege verhilft! Dann wird noch einmal diese „pure Menschenfurcht“ gekehrt und zum Schluß schließlich zum Erscheinen aufgefordert „im Interesse der Förderung der christlichen Weltanschauung“. Daß christliche Weltanschauung und Gutenbergsbund gar nichts miteinander gemein haben und die von den Bundesführern zur Schau getragene Heuchelei der reine Hohn auf die christliche Weltanschauung ist, bedarf keiner Worte der Beweisführung. Im übrigen wollen wir nur sagen, daß es Herrn Felder prächtig ansteht, von Menschenfurcht andern gegenüber zu sprechen, wo er doch selbst ein Beispiel kleinlichster Menschenfurcht gibt.

Wenn Hoffäh etwas behauptet, kann man stets auf eine kräftige Rüge oder einen herben Reinsfall dieses Wahrheitshelden gefaßt sein. So ist es ihm auch jetzt wieder ergangen. Unse Gossen über die vom Bund an die Zeitungen verforderten Waschgettel haben es ihm angetan. Da wird uns Werbächtigungsmanie und alles, was sonst einen Einschlag ins Liebesswürdige hat, vorgeworfen, feierlich erklärt, „daß wir weder an die Soziale Praxis noch an den „Kölnner Lokalanzeiger“ Waschgettel gesandt haben“, und fikt erklärt: „Aus eigener Initiative haben diese Zeitungen eine Notiz über die Tarifreue des Gutenbergsbundes gebracht.“ Bums! Nun sind die armen Wühler wieder einmal angepöhl und die Sache hat sich für Wilhelm Hoffäh wie so viele andre große Unannehmlichkeiten ereignet. In der vorigen Nummer haben wir aber schon mitgeteilt, daß nicht Hoffäh, sondern Felder der Verfasser und Verfender jener Waschgettel für den Gutenbergsbund ist. Damit fällt alles, was Hoffäh in „Typograph“ darüber „zusammenkomponiert“ über den Haufen, unter dem nun der große Bundesstrategie selbst begraben liegt — dank dem Latendrange des Mannes ohne Menschenfurcht: Karl Felder.

Die Schriftgießerei Gensäh & Heise in Hamburg konnte am 28. Februar auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlasse gab die Firma die Chronik ihres Hauses in Gestalt einer kleinen, aber äußerst gebiegenden Festschrift heraus. Es ist ein Ereignis, mit dem die Hausdruckerei von Gensäh & Heise wirklich Ehre einlegen kann. Die zum Satz — der eine für eine Chronik sehr übersichtliche Anordnung aufweist — verwendete Schrift ist die neue Nordische Antiqua und Kuriv, gezeichnet von Friedrich Bauer, dem Leiter der Hausdruckerei. Die Halbmonatschrift „Deutsche Industrie, deutsche Kultur“ hat ihre Nr. 3 aus Anlaß dieses Geschäfts Jubiläums zu einer Gensäh & Heise-Nummer gestaltet.

Ein Parasit aus der Sezer Friedrich Hoche aus Halberstadt, der, mit seiner Frau in Unfrieden lebend, mit einem unter Sittentkontrolle stehenden Mädchen anbandelte, diesem Selbstbeträge in Höhe von etwa 80 Mk. abknöpfte und dafür diesem irdischen Jammerlind einige bessere Seiten abgemann. Nun wandert Hoche auf drei Monate ins Gefängnis und hat dann noch auf fünf Jahre auf die bürgerlichen Ehrerechte zu verzichten.

Keine amtlichen Bekanntmachungen in den Tageszeitungen sollen in Königsberg mehr erscheinen. Es soll vom Magistrat ein Gemeinbewachenblatt herausgegeben werden, in dem alle Bekanntmachungen der Stadtgemeinde erscheinen sollen. Ob das eine glückliche Lösung der Amtsblattfrage ist, kann bestritten werden.

Als Antwort auf die starken Papierpreiserhöhungen des Ringes der Papierfabrikanten wollen die größten Zeitungsverleger der Schweiz eine eigne Papierfabrik errichten.

Wegen öffentlicher Veleidigung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde der Redakteur eines in Erfurt erscheinenden, mit dem bekannten Reichsverbande in der Tendenz identischen Blattes zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Zwei Redakteure anderer Zeitungen, die ebenfalls diese Notiz über sozialdemokratischen Elixierwesen gebracht hatten, waren einige Tage zuvor (wenn wir nicht irren, in Offenbach a. M.) aber freigesprochen worden.

Die Gewerbeerichtswahl in Bechhausen hatte zum Ergebnis acht Siege für die freien Gewerkschaften, drei für die Christlichen und einen für die Hirsch-Dunkerianer.

Schadenersatzklagen wegen Boykottes auf dem Wege des Zivilprozesses bilden jetzt für Unternehmer einen Ausweg, weil nach der neuen Spruchpraxis des Reichsgerichtes der Boykott nur in besonderen Fällen strafrechtlich zu fassen ist. In Nr. 20 haben wir erst ein freisprechendes Erkenntnis des Reichsgerichtes in Sachen des Eisenacher Bierboytottes mitgeteilt. Daß der Zivilprozeß ausichtslos ist für boykottierte Unternehmer, hat das jetzt von der 32. Zivilkammer am Landgerichte I in Berlin gefällte, den Verband der Wäcker zu 6000 Mk. verurteilende Erkenntnis dargetan. Den Schadenersatzanspruch

wegen des gegen einen Bäckermeister in Berlin in den Jahren 1905 und 1906 geführten Boykottes hatte das Reichsgericht bereits am 8. April v. J. dem Bund nach für berechtigt anerkannt. Das Landgericht hatte nun den Schaden selbst festzustellen. Da die Einnahmen von 23000 Mk. im Jahre 1904 auf 15000 Mk. in 1906 zurückgegangen waren, nahm das Gericht mit den Sachverständigen an, daß bei diesem Betrage kein Gewinn mehr aus dem Geschäft zu erzielen war und für den Ausfall an Verdienst die Beklagten dem Kläger einstehen müssen. Sie müßten ihm auch den Betrag ersetzen, um den der Verkaufswert des Geschäftes gesunken sei, das früher mit 4500 Mk. bewertet war und für 2200 Mk. verkauft werden mußte. Das Gericht führte aus, daß der ermittelte Schaden auf 7300 Mk. zu beziffern sei und den geforderten Betrag von 6000 Mk. übersteige. Den Einwand der Fälschung der Bücher (um Unterlagen für den Prozeß zu schaffen) hat das Gericht zurückgewiesen. Ebenso wurde es als hinsichtlich bezichnet, daß die Mindereinnahmen in den Jahren 1905 und 1906 eine Folge des allgemeinen Bäckerboykottes in Berlin gewesen seien. Ein Boykott, so jagte das Gericht in Übereinstimmung mit den Sachverständigen, der über alle Bäckereien verhängt würde, könne einen Schaden kaum anrichten. Es wurde als richtig angesehen, daß gerade der Einzelboykott, der sich auf den Kläger bezog, diesem den erheblichen Schaden zugefügt habe. Den Beweis, die Mindereinnahme auf Herstellung schlechter Backwaren und absichtlicher Vernachlässigung des Geschäftes zurückzuführen, sah das Gericht als nicht gegliedert an. Der Hinweis der Beklagten, daß der Niedergang auf die allgemeine Feuerung zurückzuführen sei, wurde nicht als stichhaltig anerkannt, da die andern Lebensmittel in gleicher Weise im Preise gestiegen seien, und weil der Konsum von Backwaren keine Verminderung erfahren habe. Es wurden also recht weitreichende Momente bei der Schadenbemessung in Betracht gezogen. Zwei andre Bäckermeister wollen den Bäckerverband auf diese Weise auch noch um einige tausend Mark erleichtern, der eine gleich um 10000 Mk. Ferner hat das Warenhaus Jandorf gegen den Handels- und Transportarbeiterverband — ob wegen des Boykottes, der dann mit der Stipulierung von unserm Organisationsvertrage ähnlichen Schadenersatzbedingungen endete, wissen wir nicht — sowie eine Konfektionsfirma gegen den Schneiderverband Schadenersatzklage erhoben. Die Haftung der Gewerkschaftskassen für Boykott ist also trotz des Reichsgerichtserkenntnisses, das den Boykott als erlaubtes Kampfmittel im wirtschaftlichen Interessensstreite bezichnete, eine zunehmende Gefahr für unsere Organisationen geworden. Ind dieses Damoklesschwert ist um so gefährlicher, als zwischendurch solche Schadenersatzklagen auch zurückgewiesen werden. So vor zwei Wochen eine solche Klage von einer Klempnerfirma, welche gegen die Druckerei des „Vorwärts“ und gegen den Metallarbeiterverband gerichtet war.“ Das Kammergericht bestätigte in diesem Falle das landgerichtliche Erkenntnis, wonach die Grundlage zu einer Schadenersatzklage, nämlich eine widerrechtliche Störung eines Gewerbebetriebes, nicht vorliege, sondern nur ein dem Gesetze nicht widersprechender Boykott. Durch dieses Schwanken der Gerichte wird selbstverständlich die Unsicherheit der Gewerkschaften nur noch größer. Grundhätlich muß volle Boykottfreiheit herrschen, und zwar für beide Teile. Unternehmer sind nur in ganz vereinzelten Fällen für die dauernde Aussperrung eines Arbeiters von den Arbeitsnachweisen seines Berufes zu Schadenersatz verurteilt worden, Arbeitervereinigungen werden weit häufiger wegen Boykott belangt. Diese Ungleichheit kann nur beseitigt werden, wenn für Unternehmer wie Arbeiter alles Handeln in dieser Beziehung an keine gesetzliche Schranke gebunden ist. Wenn die Organisationen hüten wie drüber die Opfer eines Boykottes oder schwarzer Listen in vollem Umfang auf sich zu nehmen haben, wird schon von selbst eine mäßige Anwendung dieses Kampfmittels stattfinden.

Die kommunale Arbeitslosenkasse in Ulmerstadt, der gegenwärtig elf Fachvereinigungen mit 8000 Mitgliedern angeschlossen sind, zahlte im Jahre 1907 7400 Mk. Arbeitslosenunterstützung, die angeschlossenen Verbände 10600 Mk. Die Kasse leistete zu der gewerkschaftlichen Unterstützung einen Zuschuß von 75 Prozent, der vorübergehend auf 100 Prozent erhöht war.

Briefkasten.

G. J. in Dresden-Raußlig: Zu einer derartigen Veröffentlichung bedarf es unter allen Umständen der Zustimmung des Ortsvorstandes. — F. K. in Breslau: Solche Versammlungsberichte werden im „Korr.“ nicht veröffentlicht. Es ist Sache des Ortsvereins, sich darüber, wenn notwendig, im „Korr.“ zu äußern. Daß aber Konditionslose und Ausblüßler gesonderte Versammlungen abhalten und noch dazu den Delegierten zur Generalversammlung Aufträge erteilen wollen, wozu soll das führen? Zur Behandlung solcher Angelegenheiten ist die Mitgliederversammlung da. Wir wundern uns nur, daß der Vorsitzende Härtel solche Berichte angeblücht als selbstverständlich findet. — W. in Bonn: 3,55 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bremen. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden um Angabe des Aufenthalts des Maschinensezers Wilhelm Ellrott aus Nordhausen (Hauptbuchnummer 40992) an den Kollegen J. Diefka, Westerbach 32, gebeten.

Lehnin (Mark). Der Seher Otto Scheel aus Putbus auf Rügen wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Ortsvereinskassierer Fritz Thier gegenüber unverzüglich nachzukommen, andernfalls Ausschluss beantragt wird.

Abressenveränderungen.

Bezirk und Ort Kottbus. Vorsitzender: A. Wedt, Wallstraße 37; Kassierer: J. Greimann, Wellenstraße 13.

Bezirk und Ort Posen. Vorsitzender: F. Wagner, Posen O 1, Berliner Straße 18; Kassierer: W. Klosser, Posen O 1, Königsplatz 5.

Dormund. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: E. Alborn, Brüsseler Straße 17; Kassierer: Paul Hartmann, Klaußthaler Straße 43.

Röln. (Rheinisch-Westfälischer Korrektorenverein.) Vorsitzender: E. Heinrich, Waghener Straße 29; Kassierer: Fr. Weise, Röln-Schrenkfeld, Herulesstraße 99.

Birna. Vorsitzender: Martin Gebach, Bahnhofsstraße; Kassierer: Jakob Gyporogowitsch, Schmiedestraße.

Babze. Vorsitzender: Paul Sebesta, N. Kronprinzengasse 58; Kassierer: Eduard Wilde, S. Schillerstraße 3.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Wachen** 1. der Seher Max Herz, geb. in Weilenkirchen 1888, ausgel. in Wachen 1906; 2. der Drucker Karl Böhke, geb. in Wachen 1890, ausgel. daf. 1907; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Aug. Marz, geb. in Augsburg 1883, ausgel. daf. 1900; war schon Mitglied. — In **Düren** der Seher Peter Jos. Schall, geb. in Düren 1888, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — **Andreas Wilms** in Wachen, Adalbertstraße 55.

In **Berlin** der Seher 1. Alfred Böttger, geb. in Berlin 1889, ausgel. daf. 1907; 2. Wilhelm Filter, geb. in Bischofswerder 1880, ausgel. in Deutsch-Eylau 1898; 3. Josef Kuzniak, geb. in Posen 1877, ausgel. in Gnesen 1896; 4. Wladimir Malicki, geb. in Chauslober 1886, ausgel. in Wirsig 1907; 5. Ezekeias Palczewski, geb. in Posen 1885, ausgel. daf. 1904; 6. Karl Stück, geb. in Köln a. Rh. 1868, ausgel. daf. 1886; 7. Georg Wille, geb. in Berlin 1885, ausgel. daf. 1903; waren noch nicht Mitglieder; 8. Rich. Warz, geb. in Jülichau 1884, ausgel. daf. 1902; 9. Gustav Castner, geb. in Simmrig 1865, ausgel. in Droffen 1883; 10. Walter Kleinfeldt, geb. in Berlin 1874, ausgel. in Charlottenburg 1892; 11. Georg Kraupe, geb. in Gagnau 1862, ausgel. in Würzig 1882; 12. Adolf Mohr, geb. in Eimenhorst 1882, ausgel. in Berlin 1901; die Drucker 13. Franz Domin, geb. in Kyjchiemen 1881, ausgel. in Soldau 1900; 14. Bruno Donath, geb. in Berlin 1885, ausgel. daf. 1904; 15. Albert Furrer, geb. in Schönau 1884, ausgel. in Berlin 1905; 16. der Korrektor Wilh. A. Werner, geb. in Meppen 1880, ausgel. in Bingen

(Ems) 1900; 17. der Sieher Karl Diekom, geb. in Berlin 1877, ausgel. in Schöneberg 1896; waren schon Mitglieder. — **Albert Massini** in Berlin S 42, Ritterstraße 88, I.

In **Braunschweig** der Seher Paul Albrecht, geb. in Braunschweig 1889, ausgel. daf. 1907; war schon Mitglied. — **Wilhelm Reuter**, Kastanienallee 40a.

In **Burgstädt** der Seher Artur Maraggraf, geb. in Burgstädt 1889, ausgel. in Laura b. B. 1908; war noch nicht Mitglied. — **E. W. Stoy** in Chemnitz, Amalienstraße 41.

In **Dillingen** (Saar) der Seher Heinrich John, geb. in Mittenberg (S.-A.) 1884, ausgel. in Schley (N. j. L.) 1903; war schon Mitglied. — **Hilf. Gutendorf** in Saarbrücken, Meher Straße 29.

In **Dresden** die Seher 1. C. Lide ~obe, geb. in Gr.-Drilla b. Großenhain 1877, ausgel. in Zeulenroda in Thüringen 1896; 2. Oswald Fichtner, geb. in Haidau (Schl.) 1883, ausgel. in Striepu 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In **Koßwein** der Seher Willi Müblius, geb. in Koßwein 1889, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — **Hermann Steinbrück** in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In **Elberfeld** der Drucker Julius Frische, geb. in Elberfeld 1881, ausgel. in Unter-Barmen 1898; war noch nicht Mitglied. — **Heinrich Marjchall**, Humboldtstraße 53, II.

In **Geestemünde** 1. der Schweizerdegen Gustav Schupfy, geb. in Hannover 1882, ausgel. in Stadt-Lagen bei Wiedeberg 1901; 2. der Stereotypen Joseph Schöplzel, geb. in Grelbenitz 1854, ausgel. in Breslau 1888; waren noch nicht Mitglieder. — In **Niederholz-Scharmbeck** der Drucker H. Zörr, geb. in Marburg 1889, ausgel. in Hungen (Oberhessen) 1907; war schon Mitglied. — In **Jeven** der Seher Friedrich Salzmänn, geb. in Hamburg 1888, ausgel. in Jeven 1908; war noch nicht Mitglied. — **B. Drechsler** in Geestemünde, Schillerstraße 78, II.

In **Gummersbach** der Drucker Heinrich Sittard, geb. in Wachen 1884, ausgel. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — In **Koblenz** die Seher 1. Barth. Mehlkreuzer, geb. in Kiffelheim 1884, ausgel. in Koblenz 1902; 2. Heinrich Petry, geb. in Koblenz 1865, ausgel. daf. 1884; waren noch nicht Mitglieder; 3. St. Keit, geb. in Koblenz 1881, ausgel. daf. 1900; 4. der Drucker Julius Nisble, geb. in Koblenz 1882, ausgel. daf. 1903; waren schon Mitglieder. — In **Wiffen a. d. Sieg** die Seher 1. August Hein, geb. in Urnswalde (N.-M.) 1886, ausgel. daf. 1904; 2. August Venke, geb. in Jena (Thüringen) 1880, ausgel. in Weimar 1899; waren schon Mitglieder. — **H. Walbus** in Bonn-B., Burggartenstraße 14.

In **Heidelberg** der Drucker Franz Michael, geb. in Freiburg i. B. 1879, ausgel. in Karlsruhe 1897; war schon Mitglied. — In **Tauberbischofsheim** der Seher Johann Engert, geb. in Tauberbischofsheim 1886, ausgel. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — **K. Schneider** in Heidelberg, Obere Neckarstraße 11 b.

In **Heilbronn** der Seher Fritz Megerle, geb. in Heilbronn 1875, ausgel. daf. 1893; war noch nicht Mitglied. — In **Herrenberg** der Schweizerdegen Ferd. Oberle, geb. in Freudenstadt 1889, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — **Karl Anie** in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In **Kassel** 1. der Seher Konrad Bachsmann, geb. in Kassel 1882, ausgel. daf. 1900; 2. der Schweizerdegen Otto Lange, geb. in Limbach i. Sa. 1885, ausgel. daf. 1903; waren schon Mitglieder. — **K. Engelbach**, Wildemannsstraße 44, II.

In **Kattowitz** 1. der Seher Artur Scheffler, geb. in Lutitgal (Kreis Leipzig) 1890, ausgel. in DS 1908; die Drucker 2. Jos. Sifora, geb. in Ratibor 1870, ausgel. daf. 1888; 3. Jos. Sobotta, geb. in Kattowitzer-Halbe 1888, ausgel. in Kattowitz 1906; 4. Leop. Franke, geb. in Lipine 1879, ausgel. in Nikolai 1897; waren noch nicht Mitglieder. — In **Peiskretscham** der Seher Paul David, geb. in Richtersdorf 1873, ausgel. in Gleiwitz 1891; war schon Mitglied. — **Hugo Wpers** in Veuthen (O.-Schl.), Birchowstraße 22, III.

In **Kreuzburg** (O.-Schl.) der Seher Jos. Kozjioel, geb. in Kuhnau, Kr. Kreuzburg (O.-Schl.) 1883, ausgel. in Kreuzburg (O.-Schl.) 1901; war noch nicht Mitglied. — **Adolf Müller** in Meisse, Breslauer Straße 19, S., II.

In **Welle** der Drucker Rudolf Flug, geb. in Werbohl 1889, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Osnaabrück** die Seher 1. Alfred Repe, geb. in Osnaabrück 1872, ausgel. daf. 1890; 2. Max Weckmann, geb. in Tilsit 1870, ausgel. in Memel 1888; waren schon Mitglieder. — **Karl Rabes** in Osnaabrück, Johannis-mauer 22.

In **Nordhausen** die Schweizerdegen 1. Karl Koch, geb. in Nordhausen 1874, ausgel. daf. 1895; war noch nicht Mitglied; 2. K. Vertuch, geb. in Lauterberg 1880, ausgel. in Nordhausen 1901; war schon Mitglied. — **August Schröter** in Sangerhausen, Neuendorfer Str. 21.

In **Radoßell** der Seher Heinrich Bradenhofer, geb. in München 1880, ausgel. daf. 1897; war schon Mitglied. — **Ehr. Volz** in Konstanz, Scheffelstraße 11.

In **Trier** der Seher Ernst Emil Julius Müller, geb. in Seidlingen bei Köln 1884, ausgel. in Opladen 1902. — **M. Herrig**, Kapellenstraße 64.

In **Weimar** der Schweizerdegen Hermann Haupt, geb. in Upolba 1889, ausgel. daf. 1907; war schon Mitglied. — **Emil Proez**, Koflistraße 2.

Bersammlungskalender.

- Berlin.** Maschinenmeisterversammlung heute Dienstag, den 3. März, abends 8 Uhr, bei Wende, Weuthstraße 20.
- Erft.** Bersammlung Sonnabend, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Teehof“.
- Stogau.** Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr in Purzels Restaurant, Klein-Dorfstraße 18.
- Hannburg.** Bersammlung heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“.
- Zwidau i. S.** Bersammlung heute Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Belvedere“.

Arbeitsuchende

erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt**

Bereits 5 Stunden nach Aufgabe der Einzeligen Montags und Donnerstags durch alle Beständer des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. Herbergen, Verzeichnisse, Verzeichnisse von Buchdruckern wird das Momentum zurückgeliefert.

„Buchdrucker-Woch“
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

[467]

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.

Sonntag, den 15. März, vormittags punkt 11 Uhr, im grossen Saale des „Gewerhaus“, Ostraallee 13:

KONZERT.

MITWIRKUNG: Frau Sanna van Rhyn (Sopran), Herren Paul Brückner (Tenor), A. Reichert (Baß), Gewerhauskapelle (W. Olsen). Leitung: Herr Theobald Werner.

PROGRAMM: 1. „Helges Treue“, Ballade für Männerchor, Tenor, Baß und Orchester von Joh. Reichert; 2. Vorspiel zur Oper „Die Meistersinger“ von Rich. Wagner; 3. „Das Meer“, Symphonie-Ode für Männerchor, Solosopran u. Orchester von Jean Louis Nicodé. :: :: :: :: :: :: :: ::

Eintrittsprogrammhefte à 75, 50 und 40 Pf. (Stehplatz) beim Verwalter, Mathildenstr. 7, in dem Zigarrengeschäft von Max Reifert, Sophienstraße (Ecke Postplatz), Paul Schalle, Gerokstraße 11, bei sämtlichen aktiven Mitgliedern und an der Kasse. [486]

Unterstützungsverein der Buchdrucker Augsburg
(Zustufungskasse).

Sonntag, den 3. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Wurfgarten“:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

- Genehmigung der Rechnungslage pro 1907.
- Bestätigung der Beiträge und Unterstützungen.
- Veränderung des § 3 Abs. 2 und des § 29 des Statutes.
- Auswahl des Ausschusses und der Revisoren.
- Beschließendes.

Hierzu wird freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Gewandten Seher

für leichte Abzidenzen sucht [487]

H. Bern. Schulze, Stempelfabrik
Berlin S 42, Ritterstr. 11.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein erfahrener und selbstständig arbeitender [477]

1907. Ehemalige Trebbiner!!! 1908.

Sonnabend, den 14. März d. J., abends 9 1/2 Uhr, findet in Trebbin („Gesellschaftshaus“) ein

Herrenkommers [484]

zur Jahresfeier der „Märzgefallenen 1907“ statt. Zu dieser Feier sind alle „ehemaligen Trebbiner“ sowie befreundete Kollegen aus Trebbin und Umgegend herzlich eingeladen. Eine rege Beteiligung erwartet

Das Komitee:

Georg Nowakowski, Berlin W 84, Culmstr. 18.	Emil Falk, Luckenwalde, Bussstr. 6.	H. Hübner, Brandenburg.	F. Carlo, Wittenberg.
--	--	----------------------------	--------------------------

NB. Anfragen sind an die beiden erstgenannten Kollegen zu richten. Rückporto ist beizulegen.

Fachgeschäft f. d. graph. Gewerbe

H. MATHAEUS
Stuttgart-Gablenberg

Empfehlen Collegien
sämtl. Fachartikel
und Schmucksachen
zu billigen Preisen
Katalog gratis u. franko

Illustrations- und Farbendrucker

welcher mit Klein und Ungewöhnlichen Auftragsapparaten verfährt. In Werte Fertigen mit Gehaltsansprüchen und Feingehaltigen erbet. unter D. N. 431 an Rudolf Klose, Dresden.

Tüchtige Zeuggraveure

finden bei hohem Lohne jetzt oder später dauernde Stellung. [433]

H. Georgi, Offenbach a. M., Wettinstraße 3.

echt englisch u. Ia deutsch für Notation und Schnellpressen, Ia Holzschnit und alle andern gangbaren Zylinderbezüge bei [207]

H. Andreessen & Sohn, Hamburg.

Galvanoplastiker

(Präger) sofort gesucht.
Karl Bind jr., Dielefeld. [488]

Abzidenz- und Inzeratensetzer Metteur

selbständige, tüchtige Kraft, sucht sich innerhalb 30 Tagen oder dessen Nähe in dauernde Position zu verändern. Werte Offerten unter A. Z. 481 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Auhang zum Tarife

von **Konrad Gidler**, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie der Herausgeber entgegen.

Den besten Cognac auf Erden

Marke 1 Stern Probokoll 3 Fl. M. S. — franko Nachnahme. Sämtliche Qualitäten garantiert frei von Essenzen.

versendet **Franz Sander** aus Verden 4

Kollege **Max Adam**, erlaube um Angabe Deines Mütentfages. **Rudolf Gentsch** [485]

30ffon (Mark), Stubenrauchstr. 4.

Todesanzeige.

Am 16. Februar verstarb in Koblenz nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Faktor **Friedr. Ueckmann** im 45. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein! [489]

Der Bezirk Bonn.

Am 26. Februar verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Setzer **Martin Behnken** [482]

aus Blumenthal in seinem 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Bremen des V. d. D. B.